

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Samstagabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeb.),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Petizions- oder deren Raum 30 A.

Die Lohnbewegungen dieses Jahres.

Es ist heute selbstverständlich noch nicht zu sagen, was das eben-angefangene Jahr an Lohnbewegungen bringen wird. Bekanntlich besteht zwischen Lohnbewegung und Konjunktur ein inniger Zusammenhang. Eine Besserung der Konjunktur wird normalerweise eine Zunahme der Lohnbewegungen mit sich bringen. Da man heute mit annähernder Sicherheit sagen kann, daß wir vor einem neuen Aufschwunge des Wirtschaftslebens stehen, so wird man auch mit einer gesteigerten Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Lohnbewegungen zu rechnen haben. Welchen Umfang sie annehmen und wie ihr Verlauf sein wird, das entzieht sich freilich jeder Vorherfrage. Aber wie es auch sein mag, der Charakter der Lohnbewegungen dieses Jahres wird nicht oder doch nur unwesentlich von den Bewegungen bestimmt werden, die im weiteren Laufe des Jahres neu entstehen; er ist bereits gegeben durch die großen Bewegungen, die sich gegenwärtig auf zentraler Basis vollziehen.

Außer dem Baugewerbe kommt da zunächst die Holzindustrie, d. h. die Bau- und Möbelschlerei, in Betracht. Hier handelt es sich um die Erneuerung mehrerer Ortsverträge, die am 12. Februar dieses Jahres ablaufen. Die Verhandlungen über die neuen Verträge werden, wie bei uns, auf zentraler Basis, d. h. zwischen den Zentralvorständen der beteiligten Gewerkschaften und dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes geführt; jedoch bleibt auch hier die Vereinbarung von Lohn- und Arbeitszeit den örtlichen Organisationen vorbehalten. Die Holzarbeiter fordern Lohnerhöhungen und für mehrere Orte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Soweit die bisherige Entwicklung der Dinge ein Urteil zuläßt, scheint eine kampflose Erledigung der Bewegung höchst unwahrscheinlich. Die Unternehmer beobachten eine Haltung, die nur dann verständlich ist, wenn man annimmt, daß es ihnen darum zu tun ist, die Arbeiter empfindlich zu demütigen und sie so zum Kampfe zu zwingen. Der Schutzverband treibt geradezu ein unehrliches und hinterlistiges Spiel. Zwischen den Zentralvorständen war vereinbart worden, den früheren Bundesamtsminister v. Berlepsch um Übernahme des Vorsitzes im Schiedsgericht zu bitten. Als Herr v. Berlepsch dann auf Ansuchen der Zentralvorstände zugesagt hatte, beschloß der Schutzverband urplötzlich, ein Schiedsgericht überhaupt abzulehnen.

Eine ähnliche Unehrlichkeit liegt darin, daß der Schutzverband seine Ortsverbände unter dem Vorwande, es käme nicht zum Kampfe, zur Kündigung der Verträge veranlaßt, um dadurch der Bewegung einen größeren Umfang zu geben, ihnen aber verschwiegen, daß die Arbeiter die Erklärung abgegeben hatten, daß sie in solchen Fällen, wo die Unternehmer die Verträge kündigen würden, nur dann neue Verträge abschließen, wenn nennenswerte Lohnerhöhungen und sonstige Verbesserungen zustanden würden. Für die örtlichen Verhandlungen hatten die Zentralvorstände versprochen, die örtlichen Organisationen anzuhalten, unter allen Umständen eine Einigung zu versuchen und ihnen deswegen nichts davon kundzutun, daß für die Fälle, wo keine Einigung möglich wäre, ein Schiedsgericht einen Spruch fällen würde. Diese Vereinbarung wurde gestossen, damit die Ortsparteien um so eifriger tätig wären, um zu einer Einigung zu kommen, und damit sie sich nicht von vornherein auf das Schiedsgericht verlassen. Was tat nun der Schutzverband? Er gab Anweisung nach den einzelnen Orten, die Arbeitgeber sollten die Forderungen der Arbeiter einfordern und diese dann sofort nach Berlin einbringen, aber den Arbeitern keinerlei Zugeständnisse machen, sondern die weiteren Anweisungen des Vorstandes des Schutzver-

bandes abwarten. Und nachdem der Schutzverband solcherart die örtlichen Verhandlungen von vornherein zu Komödien gemacht hatte, hielt er Ende Dezember im „Kaiser-Keller“ zu Berlin eine Generalversammlung ab und ließ dort eine Entlastungsresolution gegen die Verschleppung der Verhandlungen durch die Arbeiter beschließen. Dann lud der Schutzverband die Arbeitervertreter zu einer Zusammenkunft ein, und auf dieser Zusammenkunft, die am 3. Januar stattfand, verlangte er von den Zentralvorständen, sie sollten ihre örtlichen Organisationen anhalten, daß sie ihre Forderungen ermäßigen. Das lehnten alle drei Organisationen ab. Die örtlichen Verhandlungen sollten nun so beschleunigt werden, daß ihr Ergebnis bereits der zum 20. Januar einberufenen Generalversammlung des Schutzverbandes vorgelegt werden könnte.

Soweit sich die Dinge in der Holzindustrie. Es läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit sagen, ob es zum Kampfe kommt oder nicht. Jedenfalls aber ist die Entscheidung, ganz gleich wie sie schließlich fällt, von erheblicher Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben. Denn auch bei den Holzarbeitern handelt es sich um eine Bewegung für annähernd das halbe Deutschland. Der Deutsche Holzarbeiterverband faßt die Sachlage sehr ernst auf. Schon im alten Jahre hatten verschiedene Zahlstellen aus freier Entschließung Extrabeiträge beschlossen. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat nun folgende Beschlüsse gefaßt:

Vom 1. Januar d. J. an bis auf weiteres haben die Zahlstellen einen Extrabeitrag zu leisten, und zwar bis 1. Februar zunächst in der Weise, daß der Verbandsbeitrag von 50 % pro Woche in voller Höhe, also ohne Abzug der lokalen Prozente, an die Hauptkasse abzuführen ist. Für den entstehenden Ausfall in den Lokalfällen haben die Zahlstellen sich eventuell durch Erhöhung der Lokalbeiträge schadlos zu halten.

Vom 1. Februar d. J. an sind von jedem Wochenbeitrag 60 % an die Hauptkasse abzuführen, so daß der Extrabeitrag alsdann 20 % pro Woche und Woche beträgt.

Das Beispiel derjenigen Zahlstellen, die in den letzten Wochen bereits freiwillig ihre Beiträge teilweise beträchtlich erhöhten, um die Hauptkasse zu stärken, empfiehlt der Vorstand zur Nachahmung in der Weise, daß den leistungsfähigen Zahlstellen nahegelegt wird, mit dem Extrabeitrag für ihre Mitglieder über den Satz von 20 % hinauszugehen.

Die Bestände der Lokalkasse sollen, soweit sie angesetzt sind, sämtlich sofort gekündigt werden, damit sie im Notfall als Reserve der Hauptkasse zur Verfügung stehen.

Außerdem riefte er an die Mitglieder einen Aufruf, worin unter anderem gesagt wird: „Der Kampf wird entscheiden müssen. Wir ersuchen unsere Kollegen in den Vertragsstädten, die örtlichen Verhandlungen mit Ernst und Mühe fortzusetzen, solange das Verhalten der Arbeitgeber dies nur irgend ermöglicht. Wohl sind die Kassen unseres Verbandes intakt, unsere Kampfmittel größer denn je und der Zustrom neuer Mitglieder zählt nach Tausenden, doch der Kampf wird ein langer und schwerer sein und außerordentlich Mittel erfordern. In dieser Erwartung hat der Vorstand vorstehende Beschlüsse gefaßt. — Von den Mitgliedern in allen Zahlstellen sind wir überzeugt, daß sie sich dessen voll bewußt sind, was für unsern Verband im ganzen bei der diesmaligen Bewegung auf dem Spiele steht. Wir vertrauen darauf, daß sie die Lokalverwaltungen bei der Durchführung vorstehender Beschlüsse mit ernstem Eifer unterstützen.“

Eine andere Entwicklung hat, für viele unerwartet, die Bewegung im Malergewerbe angenommen. Ueber den Inhalt des Reichstags haben wir schon früher berichtet und ebenso, daß er von den Verbandsmitgliedern mit 9922 gegen 4398 Stimmen angenommen worden ist. Die gleichen Stimmen hatten zugleich den Vorstand des Malergewerbes bevollmächtigt, über Lohn und Arbeitszeit an zentraler Stelle zu verhandeln. Diese Verhandlungen haben stattgefunden, führten aber zu keinem Ergebnis, so daß die Unparteiischen einen Schiedspruch fällten. Ueber die Arbeitszeit sagt dieser:

In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als zehn Stunden beträgt, wird sie mit Beginn des Vertrags auf zehn Stunden herabgesetzt; eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt nicht ein.

Damit sind die sehr berechtigten Forderungen der Arbeiter in dieser Frage so gut wie ganz unerfüllt geblieben; denn die Festsetzung eines zehnständigen Malerarbeitstages hat praktisch kaum noch irgendwie bedeutsame Veränderungen zur Folge. In der Begründung ihres Spruches sagten die Unparteiischen:

„Die Unparteiischen sind der Auffassung, daß eine Reihe von Gründen, vor allem die anerkannte große Arbeitslosigkeit und die räumlichen und persönlichen Verhältnisse in den Großstädten für eine mäßige Herabsetzung wenigstens der zehnstündigen Arbeitszeit sprechen, wenn auch das Vorbringen der Arbeitgeber bezüglich der durchschnittlich kürzeren Arbeitszeit und der Heranziehung ungelehrter Arbeiter nicht von der Hand zu weisen ist.“

Wahrscheinlich für die Unparteiischen war neben den großen technischen Schwierigkeiten, welche einer zentralen Regelung der Arbeitszeitfrage entgegenstehen, vor allem die finanzielle Seite der Frage. Wie schon bei der Begründung des Schiedspruches bezüglich der Lohnfrage herangezogen wurde, beträgt das deutsche Malergewerbe zurzeit keine große Belastung in der Lohnfrage. Da aber die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung selbstredend ausgeglichen werden müßte und schon die Herabsetzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde eine weitere Lohnerhöhung von durchschnittlich 3 % pro Stunde zur Folge haben müßte, so waren die Unparteiischen zurzeit nicht in der Lage, den diesbezüglichen Anträgen der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen.“

In der Lohnfrage lautete der Schiedspruch:

1. Für alle Lohngebiete, welche seit dem 31. Dezember 1906 keine allgemeine Lohnaufbesserung durchgeführt haben, tritt mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 % pro Stunde ein.

Für alle übrigen Lohngebiete ist mit Beginn des Vertrags eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 %, und ab 1. Januar 1911 von einem weiteren Prozent pro Stunde zu gewähren.

2. In den Lohngebieten, in welchen bisher Einheitslöhne bestanden, erhalten die Gesellen unter 20 Jahren keine Lohnaufbesserung.

Dieser Schiedspruch wird in der Hauptsache folgendermaßen begründet:

„Es war vor allem zu prüfen, ob die gegenwärtige und zurzeit voraussehbare wirtschaftliche Lage eine Aufbesserung der Löhne der Arbeiter gebietet oder zuläßt. Diese Frage kann naturgemäß nicht durchaus zweifelsfrei beantwortet werden. Es war als Beweisbescheid in erster Linie die Lage des Arbeitsmarktes zu berücksichtigen. In dieser Beziehung behaupten die Arbeitnehmer eine wesentliche Besserung, die Arbeitgeber eher eine Verschlechterung als eine Besserung. Die Unparteiischen sind der Ansicht, daß auf Grund des ihnen vorliegenden einwandfreien behördlichen Materials und ihrer eigenen Erfahrungen beide Behauptungen nicht das Richtige treffen. Es kann vielmehr mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden, daß die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe für das Jahr 1909 entgegen den Vorjahren keinen wesentlichen Rückgang aufzuweisen hat; dagegen scheint sich nach maßgebenden Berichten, z. B. des Vorstehenden des Zentralvereins für Arbeitsnachweise in Berlin für das vorliegende Jahr mit Rücksicht auf das sich diesjährig neubelebende Baugewerbe eine nicht unerhebliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt des Malergewerbes vorzubereiten. Vornehmliche Bedeutung verdient in dieser Beziehung auch ein in der „Baugewerkszeitung“, dem Organ des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, der Baugewerksverbandsvereinsvereine und des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe (Nr. 102 vom 22. Dezember 1909) erschienener Aufsatz. (Von uns in Nr. 1 dieses Jahrganges besprochen. Die Redaktion des „Grundstein“.) Hier ist auf Grund sachverständiger Ausführungen über die Beziehungen des Geldmarktes zur Kaufkraft der Baugewerkszeitung, daß im kommenden Frühjahr auf eine Besserung der Bau-tätigkeit um so mehr zu rechnen werden kann, als gerade auf diesem Gebiete die zu erwartende Besserung der Weltverhältnisse im neuen Jahre besonders fördernd einwirken dürfte.“

Da das Malergewerbe für einen größeren Teil seiner Arbeiten im engen Zusammenhange, ja in Abhängigkeit vom Baugewerbe steht, so ergeben sich hieraus innerliche Beziehungen zwischen Bau- und Malergewerbe. Freilich

trifft dies für einen andern Teil der Malerarbeiten, nämlich für Arbeiten an bestehenden Bauten, weniger zu. Diese Lage des Arbeitsmarktes löst sich hierdurch einerseits eine Verbesserung der Löhne nicht aus, andererseits kann dieselbe eine wesentliche Erhöhung der Löhne nicht rechtfertigen.

In zweiter Linie ist die Bedürftigkeit der Maler-gehilfen zu prüfen. Nach der vom Kaiserlichen statistischen Amt herausgegebenen Erhebung von Wirtschaftsberechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich (Berlin 1909) steht das Gesamteinkommen eines Maler-gehilfen gegenüber ähnlichen Arbeitern nicht unwesentlich zurück, während das Jahres Einkommen eines Maurers $\text{M} 1600,57$ und das eines Zimmermanns $\text{M} 1824,82$ beträgt. Bezüglich des Jahres Einkommens eines Malers und Zimmermanns auf $\text{M} 1455,40$.

Dazu kommt, daß — wie von den Arbeitgebern im Laufe der Verhandlungen wiederholt vorgebracht wurde — in der letzten Zeit ein großer Teil der Lebens- und Genußmittel, meistens auch der Wohnungsmieten, eine ganz wesentliche Preissteigerung aufzuweisen haben. Reich, Bundesstaaten, Kommunen und Private haben sich deshalb gerade in der ärmlichen Zeit ohne weiteres veranlaßt gesehen, die Gehälter ihrer Beamten, Bediensteten und Angestellten einer durchgreifenden Erhöhung zu unterziehen. Wenn auch zuzugeden ist, daß diese allgemeine Teuerung auch die Lebenshaltung der Arbeiter erschweren muß, so ist doch zu sagen, daß der Angestellte unter keinen Umständen es vermag, die neuen Löhne ganz oder teilweise nach unten abzumildern, während für den Arbeiter diese Möglichkeit, wenn auch teilweise mit Schwierigkeiten, vielfach gegeben sein wird.

Es fragt sich nun weiter, in welcher Höhe die Lohn-erhöhung erfolgen kann. Nach dieser Richtung hin sind nicht bloß die Verhältnisse der Gehilfen maßgebend, es muß auch der Leistungsfähigkeit der Arbeiter gebührend Rechnung getragen werden. Im Hinblick darauf kann bei der gegenwärtig überblickbaren wirtschaftlichen Lage des deutschen Malergewerbes keine Rede davon sein, die von den Gehilfen geforderte Lohnserhöhung von 5 bis 10 % pro Stunde durchzuführen.

Die Unparteiischen sind der Anschauung, daß eine Er-höhung des Lohnes um 3 % für die ganze Vertragsdauer die äußerste Grenze des Entgegenkommens der Arbeitgeber bilden kann. Dies um so mehr, als die Unparteiischen die durch Einführung des Reichsarbeitsministers begründeten Ver-sicherungen in einer Weise besetzt haben, daß hier für ver-schiedene Lohngebiete ungewissheit eine geringe Auf-berichtigung der Löhne geschaffen worden ist.

Überdies erschien es zweckmäßig, gerade im Hinblick auf die zu erwartende allmähliche Besserung der Verhält-nisse im Laufe der Vertragsdauer die Erhöhung nicht auf einmal, sondern auf die Vertragsdauer derart zu verteilen, daß zwei Drittel sofort, ein Drittel bereits in die Zeit des zu erwartenden Aufschwunges, d. h. nach dem 1. Januar 1911 fällt. Die sofortige Durchführung der ganzen Auf-berichtigung erschien aber für diejenigen Lohngebiete, welche innerhalb der letzten vier Jahre keine Aufbesserung ge-währt, recht und billig. Hier mußte in der sofortigen Abwägung der ganzen Summe einermäßig ein Ausgleich für die während vier Jahre unterbliebene Besserung der Lohnverhältnisse geschaffen werden."

Da einige Vertragsgebiete durch die Bestimmungen des Reichsarbeits über Lohnzuschläge und Fahrgeleber-gütungen einige Einbuße erleiden, so wurde noch fest-gesetzt, daß zum Ausgleich dafür eine weitere sofortige Lohnserhöhung zu gewähren ist, die für Berlin 2 %, für die andern an der Einbuße beteiligten Tarifgebiete 1 % betragen. Die Parteien sollten bis zum 15. Januar entgeltlich erklären, ob sie den Schiedsspruch anerkennen. Der Malerverband hat die Entscheidung in mehr als 200 Versammlungen gefaßt. Es lautete auf Un-nahme des Schiedsspruches. Es waren in den Ver-sammlungen anwesend 16 720 Mitglieder; von ihnen stimmten 8832 für und 6192 gegen den Schieds-spruch. Auch die Unternehmer stimmten für Annahme, so daß die Bewegung im Malergewerbe erledigt ist. Der Vertrag hat drei Jahre Gültigkeit. Von der Ab-stimmung ist erwähnenswert, daß eine Reihe größerer Städte (so Berlin, Hamburg, Bremen, Kiel, Köln, Danzig, Breslau) gegen die Annahme gestimmt haben; die Masse der dafür Stimmenden entfällt auf die kleineren Orte und auf den Süden.

Der drohende Kampf im Bergbau ist vorläufig aufgeschoben worden. Damit ist nicht gesagt, daß sich die Vergleiche mit dem Zwangsarbeitsnachweise aus-gesöhnt hätten. Es ist vielmehr nur ein Akt taktischer Klugheit, wenn sie unter den jetzigen ungünstigen Ver-hältnissen auf einen offenen Kampf verzichten, dafür aber desto energischer für die schließlich doch unumgän-gliche Frage Abrechnung mit den Zehnerherren rufen. Eine Konferenz der rheinisch-westfälischen Zastellen des alten Bergarbeiterverbandes hat die Erhebung eines Extrabeitrages in der Höhe von 50 % für den Monat beschlossen. Voraussetzungen ist dies nur ein Uebergang zu einer dauernden Erhöhung des Bei-trages, der bisher bei den Bergarbeitern im Verhältnis zu ihrem Lohn und zu den Beiträgen der Arbeiter anderer Berufe reichlich bescheiden war.

Ein Reflex der Bewegung im Baugewerbe ist die sich bei den Stukkateuren vorbereitende Bewegung. Die Unternehmer dieser Branche, die fast ohne Aus-nahme in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis von den Maurern und Architekten stehen, haben seit Jahren, ebenso wie der Arbeitgeberbund des Bau-gewerbes, darauf hingearbeitet, daß die bestehenden Lohn-

sätze meistens bis zum 31. März d. J. ablaufen. Von den Arbeitern ist die Mehrzahl im Zentralverband der Stukkateure organisiert; 124 Filialen gehören rund 7700 Mitglieder an, während etwa 800 dem christlichen Bauhandwerkerverbände und vielleicht 60 dem Hirsch-Dunckerischen Gewervereine angehören. In 53 Orten läuft der Tarifvertrag entweder ab oder wurde er ge-kündigt, es kommen dabei 5160 Mitglieder in Betracht. Von dieser Zahl entfällt der größte Teil auf Süddeutsch-land und Rheinland-Westfalen. Die Organisation hat die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Zunächst werden sämtliche in den Filialen liegenden Gelder, die bisher als Lokalmittel betrachtet wurden und die die statliche Summe von $\text{M} 840 850$ ausmachen, der Hauptkasse überwiesen; von der siebten Beitragswoche an wird außer dem regelmäßigen Wochenbeitrag, der zwischen 50 und 90 % schwankt, ein Extrabeitrag von $\text{M} 1$ pro Woche erhoben. Daß die Mitglieder bei außerordentlichen Anlässen opferfreudig sind, haben sie bewiesen; so wurden in Hamburg im vorigen Jahre bei Gelegenheit der Aussperrung von jedem Mitgliede, das arbeitete, pro Woche nicht weniger als $\text{M} 9$ Extra-beitrag bezahlt.

Das wären die großen Bewegungen dieses Jahres. Jedenfalls wird sich im Laufe der Zeit, besonders wenn sich die Wirtschaftslage hebt, noch manche andere Lohn-bewegung dazu gesellen, so daß wir vor einem für die Arbeiterbewegung hochbedeutsamen Jahre stehen. Ge-wiß steht dabei viel auf dem Spiel. Der Einsatz der Gewerkschaften wird um so höher, je stärker sie selbst werden, und je mehr, als die Folge davon, das Vertrags-wesen ausgebildet wird. Aber wir brauchen die kom-menden Dinge nicht zu fürchten. Wir sehen, wie die Arbeiter in all den Gewerben, die vor dem Kampfe stehen, die Opfer nicht scheuen, die durch die Kämpfe notwendig werden. Auch die Arbeiter des Baugewerbes, auch unsere Kollegen, werden es nicht daran fehlen lassen. Und darum mögen die Stürme kommen, wir werden ihnen trotzen, stark durch Solidarität, durch Disziplin, durch Opfermut.

Polemisches.

Die Unternehmer lieben es so darzustellen, als wenn der Widerspruch gegen ihre Maßregelungsbüreaus, oder-sagen wir guttunig: gegen ihre Arbeitsnachweise, nur von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie käme. Sie wollen damit den Eindruck hervorbringen, als handle es sich um eine ganz harmlose Sache, als sähe alle Welt ihr Streben für berechtigt an, nur die ewig Kegelnden, die hegenden Sozialdemokraten und die verhetzten Gewerks-chafter, machten Lärm, eben des Lärms wegen. Zwa finden sie für solche Entstellungen wenig Glauben, aber dort, wo man ihnen gern zu Willen ist, wie z. B. bei der Reichsregierung, da freut man sich darüber, weil man sich ja dann darauf berufen kann, die große Mehrheit der Be-völkerung hinter sich zu haben, wenn man, wie es bei de großen Interpellationsdebatte der Staatssekretär Delbrück tat, einen Eingriff in die Maßnahmen der Unternehmer ablehnt.

Und doch ist es ein plumper Täuschungsversuch der Unternehmer, der nur die für sie unbecommene Tatsache ber-udecken soll, daß sie mit ihren Vergeltungsplänen bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein einschleichen und wohlbegründeten Widerspruch finden. Besonders ist das der Fall bei den bürgerlichen Sozialpolitikern, bei den Leuten, die sich um die „Soziale Praxis“ gruppieren. Das sind keine Sozialdemokraten und auch keine Gewerkschafts-freunde, es sind Leute, die in ihrer Art dem Interner-mum weit bessere Dienste leisten, als alle Schachmacher und ihre Sekretäre zusammen, die Flug genug sind, um ein zusehen, daß der glatte Lauf der Ausbeutungsmaschine durch nichts empfindlicher gelöst werden kann, als durch die Ueberspannung der Internermermissilik. Sie haben, eben weil ihr Denken durch keine persönlichen Interessen eingeengt wird, erkannt, daß es bei den mächtigsten Klassen-organisations auf beiden Seiten in heigemden Maße notwendig wird, den Grundfah der Parität, d. h. de Gleichberechtigung, zu beachten, um dadurch die Reibungs-fähigen zwischen Arbeit und Kapital zu bemeindern, die sonst bei dem großen Umfange der sich gegenüberstehenden Organisationen zu häufig wiederkehrenden gewaltigen Konflikten führen müßten, die das ganze Gewerksleben erschütterten. Nicht aus Freundschaft für die Arbeiter sind jene Leute Gegner der Vergeltungsmaßnahmen der Unternehmer, sondern aus lebendigem Interesse für die bestehende Wirtschaftsbewegung. Wären unsere Unter-nehmer nicht so heillos verblendet, ließe ihnen ihr Klassen-egoismus einen Augenblick Zeit zur ruhigen Befinnung, so müßten sie diese klare, wirklich sehr klare Sachlage ohne Schwierigkeit einsehen.

Aber nicht allein in der „Sozialen Praxis“, auch in anderen bürgerlichen Blättern treffen wir Stimmen, die den Grundpfeiler der Internermer in der Arbeitsnachweise-frage beurteilen und bekämpfen. So brachten die „Mün-chener Neuesten Nachrichten“ — ein liberales Blatt — Anfang Dezember einen Artikel, von dem wir einige bemer-kenwerte Stellen wiedergeben:

„Die Aufgabe der Arbeitsnachweise besteht begrifflich darin, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitsnachweisefrage keine einseitige Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerfrage bilden kann, sondern daß sie eine beiden Seiten gemein-same und von beiden Parteien gemeinschaftlich zu regelnde Angelegenheit darstellt. Das Wesen der Ar-beitsnachweise läßt auch die Handhabung der Geschäfte

durch eine neutrale Stelle als vollständig einwan-dig erscheinen. Es haben daher auch kommunale paritätische Arbeitsnachweise, z. B. in Mün-chen, anerkanntermaßen eine stets fortschreitende, sehr fruchtbare Tätigkeit zum Segen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entwickelt.

Trotz all dieser Tatsachen wurden seit langem gerade Arbeitsnachweise als einseitige Parteieinrichtungen wieder-holt geschaffen und gehandhabt. Ursprünglich waren es die Arbeitnehmerorganisationen, die aus organisierten Gründen einseitige Arbeitnehmer-Arbeitsnachweise ins Leben riefen. Seit der Schaffung von Arbeitgeberver-bänden größeren Stils wurden diese Arbeitnehmer-Nach-weise als den Arbeitgebern und Arbeitern sehr gefährliche und lohntriebende Faktoren mit allen Mitteln bekämpft. Anstatt hieraus die entsprechende logische Lehre zu ziehen und neutrale Arbeitsnachweise zu fördern, verfallen die Arbeitgeberverbände in den von ihnen stets als höchst un-gerecht, ja moralisch verurteilbaren Fehler der Arbeit-nehmerorganisationen, ja sie verschärfen noch den von ihnen früher so sehr beklagten Zustand der einseitigen Arbeitsver-mittlung durch zwangsweise Einführung der Arbeitgeber-Nachweise.

Eine Reihe größter Arbeitgeberverbände, namentlich der rheinisch-westfälische Zehnerverband für das Ruhrgebiet, der Deutsche Arbeitgeberbund für das Bau-gewerbe und der Deutsche Metallindustriellenverband vertreten die Monopolisierung der Arbeits-nachweise mit aller Entschiedenheit. Hat doch der Leiter der kürzlich in Berlin getragenen Beratun-gen über den Abschluß eines Tarifvertrages für das deutsche Baugewerbe mit Empörung ver-fündet, der Arbeitgeberbund werde von seiner Forderung, die Arbeitgebernachweise einzuführen, unter keinen Umständen abgehen; diese Forderung sei der Grund, an dem sich die Arbeiter die Zähne ausbeissen werden. Auch der rheinisch-westfälische Zehnerverband will in allen nachher Zeit seinen Arbeitsnachweise unbedingt einführen.

Schon dieser Ueberseher muß sehr herberdächtig wirken und die beteiligten Arbeiter mit größtem Miß-trauen erfüllen. Man kann sich mit Recht sagen, daß hier offenbar Ziele verfolgt werden, die weitab von dem neutralen Wesen des Ar-beitsnachweises liegen müssen. Wer in den letzten Jahren prüfend das Wirken einiger großer Arbeitgeberverbände Schritt auf Schritt verfolgt, wird hierin ein sehr wirksames Mittel dafür erblicken müssen, den Arbeiter als vollberechtigte Ver-tragspartei im Sinne der Gewerbeordnung auszuschalten, ihm einseitig die Art, den Ort und die sonstigen Bedingungen seiner Arbeitsteilung zu diktieren und den Ar-beiter in der Betätigung seiner politischen und gewerkschaftlichen Anschauungen zu be-schränken. Der Zehnerverband und der Industriellen-verband lehnen in Konsequenz ihrer Auffassung auch jeglichen Tarifvertrag mit ihren Arbeitern ab.

Wenn einzelne Verbände, so der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe, diese Konsequenz nicht ziehen, so sind hierfür nur äußere, nicht prin-zipielle Gründe maßgebend. Dieser Stand-punkt ist jedoch inkonsequent; wenn ein Ar-beitgeberverband einseitige Zwangsmahregeln in einer gemeinschaftlichen Angelegenheit ergreift, auf der anderen Seite aber wieder den Arbeitnehmerverband als würdigen Vertragspartei ansieht und mit ihm einen Tarifvertrag abschließt, so stellt er sich in unrichtiger Weise dar. Es dürfte daher auch ausgeschlossen sein, daß die Arbeitnehmerorganisationen zu einer solchen Uebergehung die Hand bieten können. Tarifvertrag und Arbeitsnachweise können, wie auch von Arbeitgeberseite einmal authentisch er-klärt wurde, innerlich nicht voneinander getrennt werden. Soll der eine Teil ge-meinschaftlich geregelt werden, so muß dies auch für den anderen Teil gelten.

Bei dieser Sachlage stehen große liberale Er-rungenschaften: der Vollzug des $\text{S} 105$ der Gewerbeordnung, das Koalitionsrecht, die Freizügigkeit und die freie Betätigung einer politischen Anspruchs auf dem Spiele.

Damit ist die Frage über das Niveau der reinen Ar-beiterinteressen bedeutend hinausgewandert. Es stehen Dinge in dem Vordergrund, welche die ganze fort-schrittlich denkende Allgemeinheit in vitalen Lebensfragen tief berühren und verleben.

In seinen weiteren Darlegungen befaßt sich der Ver-fasser des Artikels mit der Antwort des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, die dieser den Berg-arbeiterorganisationen auf ihre Eingabe am 27. Novem-ber vorigen Jahres gab. Der Herr Minister kommt dabei sehr schlecht weg, und wenn er in seinem Bericht nicht besser Bescheid weiß wie im Arbeitsrecht, dann kann er ein wunderbares Demonstrationsojekt für den bekann-ten Ausspruch des alten Schweden Ogensterna abgeben, der zu seinem Sohne meinte: Fürchte Dich nicht! Du glaubst gar nicht, mit wie wenig Verstand Politik getrieben wird. Doch lassen wir den Minister, er ist ein armer Schächer, der auch nur tut, was ihm gegeben wird. Uns hilft er gewiß nicht; wenn wir den Arbeitsnachweise nicht haben wollen, so ist das eine Sache, die nur wir auszufechten haben.

Aus dem zitierten Artikel geht also hervor, daß es auch außerhalb der Arbeiterbewegung Leute gibt, die gerecht und klug genug sind, die in den Unternehmernach-weisen herausgehende Gefahr für das wirtschaftliche Leben zu erkennen und zu bekämpfen. Das ist allerdings für die Unternehmer sehr peinlich und man braucht sich darum nicht darüber zu wundern, daß ihre Organe immer wilder in der Verteidigung der Arbeitsnachweisepläne werden. So leistet sich die Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe (Gesemünde) nach einem Bericht über die Ar-beitsnachweise debatte im Reichstage die Bemerkung: „Was je an Verlogenheit geleistet worden ist, das hat Böhmeburg hier gemessen.“ Wir haben dem Blatt schon mehrfach sagen müssen, daß es nicht nur das dümmste, sondern auch das schäbteste und freche der Presse-papiere

der Unternehmer ist. Da das Blatt anscheinend seine... (text continues)

In einer Polemik gegen einen Artikel in der politischen... (text continues)

Bemerkenswert ist eine andere Ausfertigung des gleichen... (text continues)

Wir können nicht schließen, ohne unserer Zentral-... (text continues)

Von den Verhandlungen.

In Osnabrück hat man sich bei den Verhandlungen... (text continues)

Zeit zu beteuern, sie wollten den Frieden. Wer eine solche... (text continues)

In Welle, das wie Osnabrück... (text continues)

Für das Lohngebiet Schwartau-Paderburg... (text continues)

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirkungen des milden Winters auf den Arbeitsmarkt... (text continues)

Hatte schon der Dezember infolge der ausnahmsweise... (text continues)

Die Einwirkung der milden Witterung hat die Ar-... (text continues)

Umfang der Arbeitslosigkeit nicht mehr so groß werden... (text continues)

Table with 3 columns: City, November, Differenz gegen Januar. Lists cities like Königsberg, Danzig, Posen, Breslau, etc.

Man sieht, unter den aufgeführten Plätzen ist nur eine... (text continues)

Berlin, den 16. Januar 1910. Rich. Calver.

Politische Umschau.

Interpellationsverhandlungen im Reichstage: Pensions-... (text continues)

Der weitaus größte Teil der Plenarverhandlungen des... (text continues)

auch den Privatbeamten die Versicherung zu gewähren ist, erkennt die Sozialdemokratie grundsätzlich an; sie hat deren Einbeziehung in die Versicherung schon vor Jahren gefordert. Aber freilich steht sie auf dem durchaus vernünftigen Standpunkt, daß den Privatbeamten nicht geradezu eine sonderrechtliche Stellung gegenüber der Arbeiterschaft eingeräumt ist. Sie fordert die Angliederung der Privatbeamtenversicherung an die Alters- und Invalidenversicherung. Es kann sie nicht kümmern, daß in den Kreisen dieser Beamten eine Strömung vorhanden ist, die das nicht will. Hochsinnige, eingebil-det, sich überhebende „Herren“, die doch, genau betrachtet, auch nichts anderes sind als Lohnarbeiter und die oft eine sehr proletarische Gestalt führen, halten eine rechtliche Angliederung an die Arbeiterversicherung nicht ihrem „Stand“ angemessen; sie meinen, etwas „Höheres“ und „Besseres“ zu sein, als der „gewöhnliche“ Lohnarbeiter. Natürlich trägt die Sozialdemokratie solchem Dünkel keine Rechnung, wie die bürgerlichen Parteien es tun. Diesen Standpunkt vertritt in der Debatte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abgeordneter Heine. Wie der Redner des Zentrums, so wünschte auch der national-liberale Abgeordnete Dr. Straßmann die baldige Vorlage eines Gesetzesentwurfs, und zwar mit der Begründung: „Dann werden sich die Privatbeamten nicht von den Sirenen tönen, der Sozialdemokratie verfallen lassen!“ Ohne ordnungspolitischen Humbug geht es bei den Herren der staatsbehaltenden Parteien nun einmal nicht. Die Interpellanten mußten sich mit der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück begnügen, daß er die Vorlage wegen der großen technischen Schwierigkeiten noch zurückstellen möchte.

Hieran schloß sich die Besprechung der Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend die Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter. Die Ausübung der gesetzlichen Vorschriften über diese Unterstützung hat bekanntlich arge Mängel für die Unterstützungsberechtigten ergeben. Die Interpellation fragt den Reichsstaatssekretär, ob er bereit sei, zur Beseitigung dieser Mängel Maßnahmen zu treffen und einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark erhöht wird. In seiner Begründungsrede legte der Abgeordnete Geher die Mängel und die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützungssumme eingehend dar. Tatsächlich ist die Zahl der im Jahre des Tabaksteuergesetzes arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter viel größer, als man im vorigen Jahre angenommen hatte; sie beläuft sich nach ge-richtlichen Erhebungen auf circa 40 000 oder 20 pSt. aller Tabakarbeiter. Daß da die Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark nicht ausreicht, ist klar.

Die Antwort, die der Staatssekretär Wermuth gab, ist eine unbefriedigende. Er mußte selbst zugeben, daß die Zahl der Unterstützungsberechtigten bis Ende 1909 circa 34 000 betrug, meinte jedoch, daß wohl die meisten dieser Gesuche „unbegründet“ wären. Übrigens sei die beschlossene Unterstützung ein Noöium. Ohne Zweifel seien auch die Arbeiter anderer Branchen (Zündholz-, Brauereiarbeiter usw.) durch die neuen Steuergesetze geschädigt, aber das beschränke die Unterstützung auf die Tabakarbeiter, und zwar ohne die Zigarettenarbeiter! Daß in dieser Beschränkung eine schwere Ungerechtigkeit liegt, ist von den sozialdemokratischen Rednern im Reichstage bei Erörterung der Steuergesetze sehr scharf und eindringlich hervorgehoben worden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte damals beantragt, die Unterstützung auf die Arbeiter der Brauerei- und Zündholzindustrie auszudehnen. Ganz und gar absurd geradezu ist der Auspruch der Zigarettenarbeiter, der in der Ansicht der Majorität des Reichstages und in der Fassung des Gesetzes seine Rechtfertigung nicht findet.

Die dritte, ebenfalls von den Sozialdemokraten ausgehende Interpellation betraf die Tatsache, daß bei dem Streit im Mansfelder Bergrevier Militäreinrichtungen worden sind, um die Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechts zu hindern. Der Abgeordnete Sasse entlockte dem Hause ein interessantes Bild. Er schilderte die Ursachen des Streits, die Vergewaltigung der Bergarbeiter durch das Herrentum, ihre schäblichste Lage, die Berechtigung ihres Kampfes und dann die Herrschaft der Bajonette, das Eingreifen des Militärs, für das nicht der geringste stichhaltige Grund vorlag, was auch bürgerliche Blätter unumwunden zugegeben haben. Aber die hohe Obrigkeit hat bekanntlich „immer recht“, auch wenn sie schweres Unrecht übt. Das Hang aus den Antwortreden des Staatssekretärs Dr. Delbrück und des Kriegs-ministers General v. Heeringens sehr drastisch hervor. Beide „rechtfertigten“ die Zugewandlung und die Haltung des Militärs: es galt, „Arbeitswillige zu schützen“, „Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten“, „Ausfaltungen zu verhindern“. Die Regierungsveteren erfuhren von den Konservativen und den Nationalen liberalen lebhaftige Unterstützung. Der Vertreter des Reichstages, Dr. Arendt, von der Reichspartei, leistete sich

die Annahme, für die Haltung der Polizei und das „rechtzeitige Einschreiten“ des Militärs den Dank der Bürgerchaft von Mansfeld, des größten Teiles der Mansfelder Arbeiter und eines großen Teiles der Streikenden selbst! auszusprechen! Nun, die Arbeiterchaft Mansfelds wird diesen Herren und der von ihnen bewährten Ordnungspolitik die Quittung stellen bei den nächsten Wahlen! Auch der Redner des Zentrums, Abgeordneter Dr. Fleischer, verteidigte unter gefälligen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie das Eingreifen des Militärs als eine „berechtigte“ Maßnahme. Dahingegen, bekennt sich der freisinnige Abgeordnete Gothe zu der den Tatsachen entsprechenden Ueberzeugung, daß für militärische Hilfe kein Grund vorgelegen habe. Die Isopolitischen Gerüchte über Ausschreitungen seien, das haben selbst bürgerliche Blätter, die „Magdeburger Zeitung“ u. a. zugeben müssen, mahlos übertrieben worden; von Aufruhr könne keine Rede sein. Auch sei der Streit nicht etwa von den Sozialdemokraten hervorgerufen, sondern von der Hüttenverwaltung beschuldet worden. Schließlich hält der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert noch eine Abrechnung mit den Männern der Ordnungspolitik, denen es an „Gründen“ zur „Recht-fertigung“ ihrer feindseligen Stellung gegen die Arbeiterschaft ja niemals mangelt, und der Zentrumsabgeordnete Gießharts rüde in einer Erklärung von seinem Fraktionskollegen Fleischer ab. Aber um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Fleischer sprach im Auftrage der Zentrumsfraktion!

Dann kam die Interpellation der freisinnigen Partei, betreffend die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes an die Reihe. Es wird darin gefragt, was der Reichsstaatssekretär wider die Verstöße einzelner Landesbehörden gegen das Gesetz zu tun gedachte und wie er in Zukunft Beamte verhindern wolle, Gesetzwirten, die ihre Räume zu politischen Versammlungen hergegeben haben, lediglich deshalb die Erlaubnis zur Abhaltung von Luftfahrten zu beschränken oder zu entziehen oder sie von der Herabgabe ihrer Luftballons durch Bedrohung mit dergleichen Sühndigungen abzuhalten.

Das Reichsvereinsgesetz in seiner Mangelhaftigkeit ist bekanntlich im Reichstage mit Hilfe der freisinnigen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums zustande gebracht worden. Der „geniale“ Führer des Blochfreinms, Herr Dr. Müller-Meinungen, hat damals dieses Gesetz glatt als den Inbegriff aller gesetzgeberischen Weisheit, das „ganz gewiß“ entsprechend den Versicherungen vom Regierungssitz eine „durchaus loyale Handhabung“ durch die Polizei erfahren werde. Und nun mußte der nämliche Herr als Begründer der Interpellation dem Reichstage das heitere Schauspiel bieten, über sein eigenes Kind nun Scherches zu sagen! Die Tatsachen, um die es sich handelt, und die in der Debatte erörtert wurden, sind untern Beseren bekannt. Besonders in Preußen und in Sachsen hat die polizeiliche Bürokratie das Gesetz, bornehmlich den Sprachenparagrafen, in rigoroser und ungerechter Weise gegen die Arbeiterschaft gehandhabt. Dr. Müller-Meinungen meinte zwar: „Das Gesetz selbst haben wir uns in keiner Weise zu schämen. Nur von einer verständnislosen Bürokratie wird es illoyal ausgelegt.“ Aber der Staatssekretär Dr. Delbrück charakterisierte das famose Gesetz mit der Bemerkung: „Es so auszuführen, wie es vom Gesetzgeber gemeint war, ist nicht immer leicht. Ich habe selber manchen Paragrafen des Gesetzes mehr als zweimal lesen müssen, ehe mir klar wurde, wie er zu verstehen ist.“ Das war der Humor der Stunde! Der Staatssekretär wälzt die Verantwortung für das Produkt der Blochpolitik, an dem der Freisinn einen hervorragenden Anteil hat, auf die ab, die es gemacht haben!

In längerer Rede behandelte der sozialdemokratische Abgeordnete Vreh die polizeilichen Uebergriffe gegen die gewerkschaftlichen Organisationen, u. a. die Praxis, Zweige solcher Organisationen als „politische Vereine“ zu erklären. Auch die Drangsalierung der Jugendorganismen durch er scharfer Kritik. Der Zentrumsabgeordnete Gröber erklärte, eine Mehrheit, die den Sprachen- und den Jugendlichenparagrafen aus dem Vereinsgesetz austreiche, werde er für eine verstandige Mehrheit halten. Hoffentlich wird bald eine Probe auf das Exempel gemacht! Wir glauben nicht, daß die verständige Mehrheit kommen wird, solange die Freisinnigen festhalten an ihrer absurden Ansicht, daß das Gesetz „an sich gut ist“!

Wie eine offiziöse Korrespondenz berichtet, wird das revidierte Arbeitsstammengesetz dem Reichstages voraussichtlich Anfang Februar vorgelegt. Ueber die Änderungen des Entwurfs wird mitgeteilt: Aufgaben der Arbeitsstammern sollen sein: „Pflege des wirtschaftlichen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen, Erstattung von Gutachten bei Fragen über gewerbliche und wirtschaftliche Interessen der Beteiligten, fernher das Recht, selbständige Enqueten über solche Fragen herbeizuführen und Anteil-

nahme an der Förderung paritätischer Arbeitsnachweise. Das Wahlverfahren des Entwurfs entspricht den Kommissionsbeschlüssen, doch hat der Entwurf die Wahlbarkeit der Organisationsbeamten in die Arbeitsstammern nicht anerkannt. Das Gesetz soll Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker ausnehmen, so daß diese nicht unter das Gesetz fallen.“

Wenn diese Mitteilung zutrifft, so sind die „Verbesserungen“ sehr bedenklicher Art. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die freisinnige Fraktionsgemeinschaft einen Antrag, betreffend die weitere Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises, eingebracht. Die Regierung wird ersucht:

1. Bis zur nächstjährigen Etatsberatung einen Bericht über den Stand der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises in Preußen zu geben.

2. Die Bestrebungen zur Ausdehnung des allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweises von den großen Städten auf die kleineren Städte und das flache Land durch Organisation öffentlicher, an keine einseitige Berufsorganisation weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer angeschlossene Arbeitsnachweiserbände zu unterstützen und durch weitere Geldmittel zu fördern.

Wir meinen, es würde richtiger sein, die Regelung der Arbeitsnachweisefrage durch das Reichsgesetzgebung zu übertragen. Das gelegentliche Eingreifen der Landesgesetzgebung kann der reichsgesetzlichen Regelung nur hinderlich sein.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Hollands hat in Verbindung mit dem Vorstand der Gewerkschaftszentrale eine gemeinsame Aktion für das allgemeine Wahlrecht und den Zehnjährigen Art. 19 beschlossen. Es sollen Wandemonstrationen der Arbeiterschaft veranstaltet werden.

Aus Schweden ist über eine Nachwirkung des Generallotteries zu berichten. Die Lotteriede, womit der schwedische Reichstag eröffnet wurde, kündigt u. a. Geschenkwürfe an, durch die man künftigen Arbeitsausländern vorbeugen und zugleich wichtige allgemeine Einrichtungen wirksam fördern will. Es handelt sich hier offenbar um den Versuch, das Koalitionsrecht der Arbeiter generell einzuschränken, und es für die Arbeiter der Werkzeugsbetriebe wohl gar ganz aufzuheben. Das wird sich die schwedische Arbeiterschaft natürlich nicht ruhig gefallen lassen.

Wie steht es in England? Die Neuwahlen zum Parlament sind nun bereits acht Tage im Gange und sind, während wir dies schreiben, noch nicht beendet. Es ist betäubend, daß die Unionisten (die Konservativen) größere, die Liberalen und die Arbeiterpartei hingegen geringere Erfolge erzielt haben, als man ziemlich allgemein erwartet hatte. Ein sicheres Urteil läßt sich natürlich erst nach Beendigung der Wahlen abgeben. Uns erscheint die Aussicht begünstigt, daß es den Konservativen nicht gelingen wird, eine Mehrheit zu erlangen, daß ihnen gegenüber die Liberalen wenigstens zusammen mit den Arbeitervertretern eine Mehrheit bilden werden. Der Führer der Arbeiterpartei, Keir Hardie ist in seinem Wahlkreise wiedergewählt worden. Bis jetzt hat es diese Partei auf 33 Mandate gebracht.

Wie dem „Vorwärts“ aus London gemeldet wird, ist ein charakteristischer Zug der diesmaligen Wahlen das Hervortreten der Solidarität der bestehenden Klassen: In keinem früheren Wahlkampf sind die Grenzen zwischen Besitz und Proletariat so deutlich hervorgetreten. Man kann sich auf der Landkarte besorgen. Dort, wo die Arbeitergebiete anfangen, hört der konservative Einfluss auf und weicht der Macht der Arbeiterpartei oder der Linksliberalen. Das ist sehr bezeichnend für ein Land, in dem bisher die Klassengegenstände durchaus nicht jenen direkten und untrüglichen Einfluss auf die Zusammensetzung der Volksvertretung gehabt haben wie in den jüngeren kapitalistischen Staaten. Bei diesen Wahlen kommt eben das wirtschaftliche Moment so stark zum Ausdruck, daß die religiösen, politischen und anderen Streitfragen in den Hintergrund gedrängt worden sind. Im Interesse einer gesunden politischen Entwicklung ist diese Tatsache nur zu begrüßen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Mauerer:

Schleswig-Holstein:

Helgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);

Mecklenburg, Lübeck:

Lübeck (Sperrung über die Banten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädel und Behrens);

Brandenburg: Fürstenaide (Sperrn über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Pastel, Utikal und der Firma Pintsch);

Ost- und Westpreussen, Posen: Marienwerder (Sperrn über Knack in Beckermühle);

Königr. Sachsen: Leipzig (Sperrn über Winkler, Kleinzschocher, Ecke Miltzer- und Ethraerstrasse, Borsdorf (Sperrn über die Bauten des Unternehmers Wilhelm);

Eltza (Sperrn über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfeld, Oberriedersdorf (Sperrn über den Unternehmer Clemens), Glauchau (Sperrn über Köhler), Treuen (Sperrn über Otto Händel);

Provinz Sachsen und Anhalt: Halle (Sperrn über Ifland in Passendorf), Stendal (Sperrn über den Bau des Unternehmers Ulrich aus Gr.-Möhringen in Waburg);

Thüringen: Eisenach-Herleshausen (Sperrn über Buchenan), Gohberg (Sperrn über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken, Weimar (Sperrn über O. Hemme);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg: Badbergen (Streik), Buxtehude (Sperrn über Pflieschke und Spark), Wolfenbüttel (Sperrn über die Bauten der Unternehmers Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland: Düsseldorf (Streik in Ratingen), Halle i. Westfalen (Sperrn über Grotendieck);

Isolierer und Steinholzleger: Leipzig (Sperrn über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Molktestr. 82), Bremen (Sperrn über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);

Schweiz: Winterthur (Streik);

Bekanntmachung des Vorstandes. Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Vorstandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Vorträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbekunde.

Unterstützungsanzeigen sind in der Zeit vom 17. bis 22. Januar für folgende Mitglieder erteilt: A. Bässler, Berlin-Pr. Nr. 391 164; W. Bodey, 304 698; R. Hinterrimmer, (Frank), 171 386; Fritz, 150 383; Emil Schach (Frank), 17 701; E. Meißner, 157; Fern. Friedand, 110 461; R. Weise (Frank), 164 973; G. Pflieschke, 17371; G. Scherr, 892 025; G. Dister (Frank), 62 507; W. Masson, 443 809; Joh. Horn (Frank), 351 398; G. Tidemann, 379 842; E. W. Müller, 298 831; G. Wilmann, 383 015; G. Schmitt, 105 432; G. Mähler, 62 689; Chr. Clausen, 113 926; Fr. Domianowski I (Frank), 56 690; Carl Beer, 56 622; G. Gieshardt (Frank), 334 227; R. Waide, 361 552; Gerwinn Schäfer (Frank), 95 870; A. Niesche, 102 766; Jakob Stadler, 429 420; Mich. Wagner (Frank), 108 793; B. Bauer, 40 212; Gust. Graf (Frank), 16 664; J. Bremerer (Frank), 320 650; E. Kapp, 88 737; E. Müller, 254 358; A. Wunders (Frank), 75 390; W. A. Stolz, 62 815; Karl Faust, 89 015; Friedrich Sahn, 61 573; Friedr. Heinicke (Frank), 41 843; Georg Hepp, 239 969; Rudw. Mees, 839 991; Jac. Walter, 320 816.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Samburg i. V. denkwiderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist. In der Zeit vom 18. bis 24. Januar 1910 sind folgende Beiträge eingegangen: a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Apenrade A. 339,69, Ausleben 129,37, Antonienhütte 387,21, Alfeld 7,88, Adolphsburg 506,27, Bernsdorf 62,20, Wunde 296,55, Verne 43,05, Vergedorf 5,60, Warzschische 72,18, Wood 184,32, Weyerth 103,16, Wornsdorf 55,51, Warmen-Eberfeld 3287,58, Wrate 56,74, Warrsdorf 54,04, Womberg 10,24, Wölkensburg i. Th. 40,40, Würzburg 206,52, Wreßlau 5270,41, Cella 280,38, Gommern 23,28, Cölbe a. d. W. 38,36, Cölln 4235,46, Delmenhorst 1251,29, Delligau 54,80, Dirschel 185,86, Dornsdorf 2478,68, Elster 112,85, Giesleben 400, Erdborn 344,13, Gieserwerda 83,64, Gieseshausen 28,26, Einbeck 339,39, Fitchne 26,23, Grefshadt 258,61, Gleiwitz 218,23, Grandenborn 79,76, Gr.-Ammensleben 68,94, Gr.-Freeden 22,32, Gräfenhainichen 19,21, Gräfenhainichen 246,80, Gollchen 127,40, Gollsen 18,50, Grömma 123,40, Gohlitz 75,80, Glatz 78,88, Grütz 349,14, Gummersbach 38,04, Gravenwüder 22,05, Gohrenstein-Grimnitz 291,71, Goltzenau 182,76, Herzberg a. d. Elster 16,70, Gammelfall 138,43, Gundelsfeld 5,55, Halle 441,47, Harburg 105,05, Hof 1249,12, Hildesheim 402,97, Hermsdorf b. Berlin 62,90, Himm.-Münden 289,01, Himm.-Mündel 45,96, Himm.-Mündel 107,78, Hiel 4400,95, Kropffeld 112,86, Kapna 85,80, Kyritz 8,45, Kalbsberg 80, Kempten 284,92, Liederitz 450,15, Lydenau 842,20, Liebenwerda 22,98, Lützenrode -7,8, Lützenrode 195,74, Lübbensau 156,86, Längenwöden 105,04, Langschelheim 253,22, Langschelheim 441,10, Lübecke 36,72, Ludenwalde 10,40, Mühlberg 230, Mülbau 105,83, Mühlbach 1164,39, Magdeburg 6103,58, Müllow 98,10, Mainz 1243,70, Müschen 298,59, Neudorf 340,76, Nienburg 6868,13, Neustettin 536,08, Nienburg a. d. Saale 130,82, Neudorf i. Meckl. 70,90, Neustelle 30,18, Neu-Müppin 698,82, Nießky 118,84, Neudorf a. d. W. 65,88, Oels 40,62, Odersleben 215,57, Oker 68,04, Pörschen 23,60, Primmernau 13,68, Rahn 400,36, Rastau 216,08, Rattling 89,24, Quatenbrück 108,24, Reibersberg 191,48,

Mofche 58,16, Regis 45,49, Roschenburg ob d. Laube 26,84, Rabsdell 16,76, Ratibor 56,84, Reichenburg 237,75, Storfow 126,48, Sryba 120,18, Strassburg 104,93, Schminitz 74,66, Stelnach 20,02, Scherbeck 9,60, Schranberg -66, Safran 185,22, Schöndel 100, Eberbach 80, Erbsburg i. d. Udermark 1,92, Stein 3076,76, Stelle 133,34, Strehlen 125,56, Steina 82,40, Salsungen 140,70, Smitzagt 7020,65, Schöndel 1,92, Spere 29,08, Spottau 480,92, Stadtilm 28,97, Trertow a. d. Lohse 278,84, Teichendorf 254,80, Treuenbrietzen 140, Treibitz 229,93, Trachenberg 86,68, Tirschenreuth 28,82, Triel 108,30, Torgau 208,51, Trebnitz 59,88, Ulten 62,75, Uffel 4,64, Unterweitsbach 54,12, Varel 143,17, Welterhede 207,76, Wildeshausen 139,37, Waldenburg i. Schl. 719,85, Wolfshärd 453,54, Wilsnad 188,50, Wittenhausen 308,07, Witten a. d. Lufe 284,04, Waldorf 166,73, Wölsingen 107,60, Zabrze 151,64, Zornitz 96,26, Zörnitz 28,20, Von Hingefeld, Streifenhützig zurückgeführt Goldberg i. Meckl. M. 12,60.

b) Für Kassenver.

Apenrade M. 25, Ausleben 10, Adolphsburg 40, Wunde 10, Bernsdorf 5, Verne 5, Waprecht 12,50, Wornsdorf 10, Wärmes-Eberfeld 75, Womberg 1,50, Wölkensburg i. Th. 5, Berlin 100, Greifsch 30, Cella 10, Delmenhorst 25, Darmstadt 82,50, Elster 5, Erdborn 12,50, Einbeck 25, Grefshadt 1,50, Gleiwitz 25, Gr.-Freeden 2,50, Gräfenhainichen 2,50, Gommern 5, Harburg 75, Halle 50, Kempten 27,50, Lübbensau 10, Langschelheim 14,50, Lübecke 1, Ludenwalde 25, Mühlberg 17,50, Neudorf 17,50, Neustettin 15, Neustettin 20, Neu-Müppin 5, Nießky 10, Neudorf a. d. W. 10, Oels 10, Odersleben 6, Rattling 10, Quatenbrück 10, Reibersberg a. d. L. 6, Ratibor 3, Storfow 2,50, Strehlen 10, Smitzagt 10, Spottau 20, Terebow a. d. Toll 5, Teichendorf 5, Tirschenreuth 2, Triel 10, Ulten 6, Unterweitsbach 5, Varel 5, Worms 25, Welterhede 15, Wildeshausen 10, Waldenburg i. Schlesien 62,50, Wolfshärd 5, Wilsnad 2,50, Wittenhausen 5, Witten a. d. Lufe 4, Wölsingen 17,50, Zabrze 9,50, Zörnitz 7,50.

c) Für Futterate.

Harburg M. 5, Neudorf 2,50, Nießky 3, Zabrze 1.

d) „Arbeit und Kultur“.

Dreslau M. 1,50.

e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.

Darmstadt M.-36, Gleiwitz -70, Mannheig 27,75.

f) Für Protokolle.

Bahreitz M. 1, G.-Ammensleben 1, Storfow 1.

g) Für Ausgaben im „Grundstein“.

Apenrade M. 1,20, Dresden -30, Halle 1,50, Hildesheim -45, Rommels 2,20, Sandau -20, Tempin -30, Torgau -75, Zabrze 1,20.

Marken-Verkauf. Vom 1. bis 22. Januar sind Marken verkauft worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitsloosmarken, K = Kassenportagemarken, L = Lotterioskassenmarken):

Mühl 100 A & 25 A, Apsola 200 B & 45, 200 L & 5, Wood 50 A & 25 A, Brandis 1200 B & 45, Belgia 100 A & 25, Bromische 100 A & 25, Burgsdorf 100 B & 40, Wölkensburg 100 B & 45, 18 B & 30, Wenden 600 B & 40, 1000 L & 20, Wergen 400 B & 40, 500 A & 25, Wangen 1000 B & 45, 10 E & 150, 1000 B & 40, 500 A & 25, 20 E & 50, Bremerhaven 1000 L & 20, Wühlitz 600 B & 45, 200 A & 25, Borna 400 B & 45, 300 L & 10, Weidard 200 B & 30, Wungau 20 B & 50, 400 A & 25, Wunsahl 400 B & 45, 100 B & 30, Wromberg 2000 B & 50, 1000 A & 25, Wülpow 400 B & 45, Wörsdorf 5 E & 150, Codaftel 26 B & 30 A, Grotzen 200 A & 25, Gopenditz 200 K & 10, Gommern 100 B & 30, Gammeln 100 B & 40, 50 A & 25, Gatzig 200 L & 15, Colberg 100 B & 30, 10 E & 25, Friesen 200 L & 30 A, 1000 L & 10, Dillen 100 B & 45, 100 B & 30, 100 A & 25, Dissen 20 E & 50, 10 E & 150, Tausow 100 B & 45, Trautzsch 300 B & 40, 16 E & 50, Detmold 800 B & 50, Dessau 500 B & 50, 50 A & 25, Einbeck 500 B & 40 A, Eichhoff 100 A & 25, Erfurt 800 B & 40, 800 B & 45, 50 E & 150, Eimsborn 600 B & 60, 200 B & 50, 600 K & 10, 50 B & 75, 15 E & 50, 3 E & 150, 2 E & 300, Ebernforde 400 B & 60, Ebingen 400 B & 50, 50 E & 50, Grauditz 100 B & 35 A, Friedberg 250 B & 35, 100 B & 30, 100 A & 25, 2 E & 300, 10 E & 150, Götze 100 B & 40, Griebersdorf 100 B & 50, 100 B & 40, 100 B & 60, 100 A & 25, Griesenbrunn 800 B & 60, Gardeloh 100 B & 40 A, Gräfenhainichen 200 B & 40, Grimbau i. Schl. 1000 B & 45, 100 A & 25, Golden 100 B & 30, Göttesberg 1200 B & 40, 10 E & 150, 20 E & 50, Gohlisdorf 100 B & 40, 50 A & 25, Goltzenau 40 E & 50, 200 L & 10, Grottau 10 E & 50, Gollnow 100 A & 25, Genthin 100 B & 30, Grauberg 600 B & 50, Gumbinnen 100 K & 10, Großp. Grauberg 400 B & 35, 100 A & 25, Glettau 300 L & 10, Gneinshilde 100 B & 40 A, 50 A & 25, Gohrenstein 200 A & 25, 400 L & 10, 400 B & 40, Gabelberg 25 B & 35, Gabelsleben 600 B & 55, 400 L & 10, Gergogenrath 700 L & 5, Hammer-Wittenburg 100 B & 30, Holzgunden 200 B & 40, 50 B & 35, 50 B & 100, 50 A & 25, 200 L & 10, Gelfteld 200 B & 35, 20 E & 50, Gundersfeld 200 B & 45, Gernsdorf b. Wittenhufe 50 B & 40, 50 A & 25, 5 E & 150, Gählingen 100 B & 45, 80 E & 50, Jessen 100 B & 50 A, Jüterbog 300 B & 30, 400 A & 25, Jüterbog 100 B & 55, 100 L & 50, Joachimsthal 100 B & 40, 50 B & 30, 50 A & 25, Kollmar 200 A & 25 A, Kollzig 500 L & 10, Kropffeld 200 B & 35, 200 A & 25, Kurlberg 100 B & 50, Kützberg 100 B & 45 A, Kauenburg 200 B & 50, Kainhof 100 B & 35, Langenweddingen 300 L & 10, Leipzig 1000 A & 25, Lipe 100 B & 45, 150 A & 25, Lipka 1200 B & 40, Landsbüttel 200 B & 50, 10 L & 150, Langensalza 100 B & 45, Langensl. 400 B & 35, 100 A & 25, Langelsheim 100 B & 30, Meiersberg 100 A & 25 A, 50 B & 40, Münderberg 200 B & 40, Mühlberg 200 K & 10, Mülden 200 A & 25, Welle 15 E & 50, Mülow 50 A & 25, Mühlhausen i. Gif. 2000 L & 10, 200 L & 10, 100 A & 25, Mühlwitz 200 A & 25, Mühlw. 2000 L & 25, Münderberg 200 B & 60, 100 A & 25, Mülow 400 K & 5, Müritzer 100 L & 50.

Rauhof 100 A & 25 A, Neustettin 100 A & 25, Nowames 200 B & 70, Neuhaus 200 B & 35, Northem 100 B & 40, 100 B & 30, Neudorf 800 L & 10, Neudorf 100 A & 25, 100 K & 10, Neudorf a. d. Orla 400 B & 35, Oldenburg i. S. 100 B & 40 A, Olenwal 200 B & 40 A, Pößitz 200 A & 25, 200 B & 55, 5 E & 800, Pletzen 50 A & 25, Plone a. d. Sabel 200 B & 35, 200 B & 40, 100 B & 50, 200 A & 25, Penglitz 400 B & 40, Pöllgitz 100 B & 35, 50 B & 60, Pterberg 400 B & 45, 500 K & 10, Paaren 200 B & 70, Pöthra 200 B & 35 A, Pöthel 200 B & 40, Pöthitz 100 A & 25, 400 L & 10, Rathow 200 B & 30, Rhene 100 L & 10, Niefa 1000 B & 50, 30 E & 50, 20 E & 150, Straubing 1000 L & 5 A, Etolz 10 E & 150, 500 A & 25, Strausberg 100 B & 30, Strassburg i. B. 200 K & 10, 100 B & 40, Schneidemühl 200 B & 45, Saaran 25 A & 25, Schneeburgen 100 B & 45, Schramberg 5 E & 150, 25 A & 25, Salsweil 1200 B & 50, Sachsa 50 B & 40, Salsungen 100 A & 25, Schützberg 200 A & 25, Schwabach 1000 L & 10, Strehlen 100 B & 30, Tübingen 200 B & 50 A, Tuchel 100 A & 25, Tempin 100 B & 45, Teuffin 50 B & 40, Trebitz 50 B & 35, 50 A & 25, 2 E & 150, Teufeln 400 B & 45, 2 E & 300, Trebitz 400 B & 35, 200 B & 40, 200 A & 25, Tetten 100 B & 60, 100 A & 25, Wernigerode 100 A & 25 A, Wingerode 50 B & 35, Wolfenbüttel 500 L & 25, Wülfingen 800 B & 45, Wöbel 400 B & 75, Wafferburg 400 B & 35, 200 L & 10, Wabdenburg i. Schl. 500 L & 10, Wermelsdorf 20 E & 50, Wiesbaden 2000 L & 10, 500 L & 15, Wismarville 600 B & 55, Worms 50 B & 50, Witten a. d. Lufe 100 B & 75, Wildeshausen 150 B & 50, Wilmser 200 A & 25, Zempelburg 500 B & 35 A, 50 A & 25, 10 E & 50, Zerraitin 100 B & 40, Zeuland 100 B & 35, 5 E & 150, 100 L & 10, 400 B & 40, Ziegenhau 100 B & 35, 50 A & 25, Zwinge 50 B & 40, 50 B & 35, 2 E & 150.

Mit folgenden gemeindet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen M. Mohndorf-Hamburg (Verb.-Nr. 150 587), Georg Linke-Weiz (449 719), Karl Seifert-Hamburg (Er. 187 113), Ludw. Fietze-Erfurt (150 666), Friedr. Widling-Weiz (37 240), Aug. Weiser-Milisch (399 144), Mich. Drouse-Hamburg (204 416), Heinr. Gohardt-Cassel (58 217), Jakob Kreb-Neustettin (405 918), H. Burtholmer-München (269 828), Hugo Jöde-Hamburg (201 141), H. Drathschmidt-Hamburg (201 599), H. Steimann-Zwinge (121 233), G. Antweiler-Stuttgart (47 649), Gm. Reigen-Gln (186 072), Georg Lang-München (425 056), G. Dammberg-Ganover (238 963), G. Schurds-Grfurt (202 447), Joh. Wübbe-Grfurt (298 385), Joh. Emig-Gemütz (317 807), Außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Friedr. Schmidt-Worms (022 920), R. Gröbner-Gln (040 456), Friedr. Frank-Wörsheim (022 773), Ernst Schmidt-Berlin (049 131), W. Stehnde-Berlin (021 683), L. Seelgen-Wiesbaden (8009).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Nordheim: Joh. Komerat (Verb.-Nr. 015 296), Max Altr (285 973), Gustaf Kutz (188 311), Wilhelm Niewe (181 697), Wilhelm Rofte (398 956), Marie Renner: Karl Zug (218 800), G. Landauer: Richard Wurzbach (07 391).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen räumlicher Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, keinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein in ob. d. h. d. V. H. Neuhaus, geboren zu Königberg i. Pr. (Verb.-Nr. 432 445).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Grundsteins. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Mit-Wieder. Da es uns an einem Versammlungslokal fehlend und da sich die Kollegen sehr gleichgültig zur Organisation verhalten, so möchte ich ihnen im „Grundstein“ einiges ans Herz legen. Im V. d. M. fand die Überwindung unseres Kollegen kaum statt. Der Vorstand unseres Zweigvereins hatte keine Mühe gesucht und hatte alle Kollegen eingeladen. Da die meisten jetzt zu Hause sind, war ich der Hoffnung, daß wenigstens noch fünfzig Kollegen an dem Begräbnis teilnehmen würden. Aber weit gefehlt, von 27 Mitgliedern waren ganze drei erschienen, um dem Entschlafenen die übliche Ehrung durch Niederlegung eines Kranzes zu bezugen. Diese drei gelobten sich, in der Agitation nicht zu erschaffen, bis der letzte indifferente Kollege die richtige Aufklärung erhalten habe. Die meisten Kollegen sind nur Pflichtmitglieder; sie zahlen nicht einmal ihre Beiträge richtig und für die Partei sind sie überhaupt nicht zu haben. Gerade bei dieser Überwindung wollten wir zeigen, wie wir zusammenhalten und wollten zeigen, daß unser Kranz nicht ohne zurückgelassen wurde, weil sich einige rote Meisen darin befanden. Trotzdem der Geistliche dem Kollegen Stein, dem den Kranz trug, gerade keine freundlichen Worte zuwarf, nahm man doch keinen offenen Anstoß an unserer Huldigung. Ganz besonders mußte mit dem Krügerverein einmal eine Wäsche gemacht werden. Unsere Mitglieder sind vielfach auch Mitglieder des Krügervereins. Wenn dort die Trommel rufft, so lassen sie alles stehen und liegen und laufen dem Einzelangeberein nach, der sie in der Dummheit erhält und sie von der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abhält. Das kann nur keinen Fall so weiter gehen. Ich erlaube alle Kollegen, sich an der Agitation mit zu beteiligen, um alle fernstehenden Kollegen uns zuzuführen. Wenn wir dieses Jahr eine Lohn-erhöhung haben wollen, so ist es notwendig, daß alle Kollegen dafür arbeiten. Zum Schluß erlaube ich alle mit ihren Beiträgen räumlichen Kollegen, ihre Pflicht zu erfüllen, damit sie ihre Rechte nicht verlieren. Fr. St.

Braunschweig. (Z a h r e s b e r i c h t.) Seit 1902 kann in Braunschweig von einer nennenswerten Bautätigkeit nicht berichtet werden, obwohl wir in den letzten drei Jahren nicht berichten mußten, daß in Braunschweig eine Wohnungsnot herrscht, natürlich für die Arbeiter. Nichts, rein gar nichts wird von der Kommunalverwaltung getan, um etwas Besseres zu schaffen. Die Häuserbesitzer halten jetzt sehr große Ernte, indem sie die Mietzinse ins Unerschwingliche steigern. Kleine Wohnungen sind in den letzten Jahren um 20, 30 und mehr gehoben worden, und keine ist für eine Mietsteigerung im nächsten Jahre sicher. Unsere Löhne sind aber seit 1907 sehr teuer. Steuern und Löhne, nicht gestiegen, und mehr den Arbeitern, wenn sie von höheren Löhnen leben; dann schreit die ganze Sippe, vom kleinsten Bauunternehmer bis zum größten Bauhüben, über die unerschämten Forderungen der Arbeiter. In Hölle von Wohnungen müssen jetzt viele Arbeiter mit ihren Familien kampieren. Wir wollen hier nur einige traurige Fälle über vorgeschobene Mängel aus dem Tätigkeitsbericht des städtischen Wohnungsaufsichtsrates in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1909 erwähnen. Da finden wir: Eindringen von Feuchtigkeit in 9 Fällen, keine einwandfreie Licht- und Luftzuführung in 45 Fällen, ungenügende Anzahl Aborte in einem Falle, kein einwandfreies Trinkwasser in einem Falle, Leberfüllung in 28 Fällen, keine Geschlechtertrennung in 3 Fällen, unvorrichtsmäßige Feuerstätten in 238 Fällen, Räume über dem Kehlgeschiff in 3 Fällen, sonstige Mängel in 92 Fällen. Derartige Mängel dürften im zwanzigsten Jahrhundert in einer Großstadt von über 140 000 Einwohnern nicht mehr vorkommen. Die Bahnhofsfrage ist ja nun endlich in der Weise „gelöst“, daß unsere Stadtbäder sich mit einer Stimm-Majorität für den Durchgangsbahnhof entschieden haben, wann er gebaut wird, das wissen die Götter. Am 8. Oktober erhielten wir vom Arbeiterverband folgenden Schreiben: „In Ausführung eines früher gefassten Beschlusses, nur im Herbst bzw. im Winter mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften über Lohnfragen usw. in Verhandlung zu treten, ersuchen wir Sie ergeben, uns Ihre Wünsche für das kommende Jahr gefälligst schriftlich mitzuteilen. Wir werden dann später die Vertreter der Gewerkschaften zur gemeinschaftlichen mündlichen Verhandlung einladen.“ Wir waren uns erst im Zweifel, ob wir nach den Wünschen mit den Unternehmern gemachten Erfahrungen überhaupt auf die Sache eingehen sollten. Damit aber die Unternehmer nicht nachher sagen können, sie wollten eine Einigung, aber wir nicht, da wir ferner einen Vertrag bis jetzt nicht gehabt haben und die Unternehmer, wenigstens die Führer, auch keinen wollen, forderten wir für 1910 die neunstündige Arbeitszeit und 65 1/2 Stundenlohn. Der christliche Vorstand, der in der Sitzung, wo dies beschloffen wurde, mit anwesend war, empfahl seinen Mitgliedern, mit der neunehalb-stündigen Arbeitszeit und 60 1/2 Stundenlohn zuzustimmen, die neunstündige Arbeitszeit und 60 1/2 Stundenlohn gefordert und 1906 24 Wochen darum gekämpft hatten. In der am 20. Dezember stattgefundenen Generalversammlung der Unternehmer, in der die Vorschläge von zehn Gewerkschaften vorgelegen haben, bezeichnen die Vorsitzende die Forderungen der freien Gewerkschaften als „fribol“, weil „die Gewerkschaften das ganz genau unterrichtet seien, daß der Deutsche Arbeiterverband und Beschlossen habe, eine Verkürzung der Arbeitszeit unter keinen Umständen einzutreten zu lassen“. Hiernach habe sich auch der Verband in Braunschweig zu richten. Auch soll nach einem Beschlusse des Bundes eine allgemeine Vohnerhöhung nicht stattfinden. Ferner sei nachgewiesen (von wem?) daß Braunschweig für seine Verhältnisse angemessene Löhne gäbe. Solange die in den Fabriken beschäftigten gewerkschaftlich organisierten Bauhandwerker, deren Zahl nicht gering sei (das trifft nur auf die Mühlbauernzahl von Konehen zu, und dort sind es auch nur sechs Mann), für 32 bis 35 1/2 pro Stunde arbeiten (das ist nicht wahr, und die Gewerkschaften dies zuzulassen bzw. nicht zu verhindern, könne von einer weiteren Vohnerhöhung nicht die Rede sein. - Wir werden den Herren in der angefügigen mündlichen Verhandlung mit wahrem Tatsachenmaterial aufwarten. Die Unternehmer müssen eben alles, was ihnen vom Bundesvorstand in Berlin diktiert worden ist, durchführen. In der betreffenden Generalversammlung wollten die Mitglieder anders, aber der Vorstand ließ es nicht zu. Wir haben unsere Unternehmensführer bei diesem neuen Kommandantenküchden erst richtig kennen gelernt und werden uns für die Zukunft danach richten; sie sollen dann aber auch „auf Granit stehen“. Die Vohnerhältnisse in den übrigen Jahreshälften sind alles eher als gut zu bezeichnen. Hier müssen die Kollegen, wenn die Arbeitsverhältnisse anders werden, alle ernstlich mit dazu beitragen, daß es besser wird. Die im Monat Juli aufgenommene Statistik ergab in den zehn Bezirken mit 160 Ortschaften folgendes Resultat: Der Durchschnittslohn betrug in Braunschweig 5,10 1/2, Lehe 7,21 1/2, Gr.-Viehheim 34,09 1/2, Giffhorn 33,69 1/2, Oebisfelde 33,98 1/2, Salz-gitter a. S. 32,20 1/2, Schlaben a. S. 34,74 1/2, Schöppenstedt 31,52 1/2, Tische 44,39 1/2, Wehde 38,70 1/2. Durch die Tätigkeit des in Braunschweig existierenden Maßregelungs-bureaus ist zu verschiedenen Malen nachgewiesen worden, daß das Institut diesen Namen tatsächlich mit Recht hat. Die laue Durchführung der bestehenden Bauarbeiter-schutzbestimmungen durch die Unternehmer und Behörden machte eine Bauarbeiter-schutzkonferenz notwendig, auf der geradezu haarsträubende Zustände aus den ländlichen Orten des Herzogtums zutage gefördert wurden. Antwort haben wir auf unsere Änderungsanträge und auf die Kritik der Mitglieder, die wir dem Ministerium eingereicht haben, bis heute noch nicht erhalten. Vom 1. Januar 1910 an ist für das Herzogtum wieder ein Maurermeister im Nebenamt als Aufsichtsbekannter von der Berufsgenossenschaft ernannt. Ob es helfen wird, muß abgewartet werden, genau so war es früher schon einmal. Die beste Aufsichtsinstitution bleiben ja immer die Kollegen auf den Baustellen und die Kontrolleure aus Arbeiterkreisen. Trotz der am Anfang des Berichtes erwähnten schlechten Bautätigkeit in der Stadt Braunschweig, die auch in den übrigen Jahreshälften nicht viel besser war, ist die Mitgliederzahl in der Stadt doch auf der Höhe des Vorjahres geblieben.

Durch Agitation haben wir in den Jahreshälften einige Fortschritte gemacht. 1908 hatten wir am Schlusse des vierten Quartals in der Stadt 440 Mitglieder und auf dem Lande 396, 1909 am Schlusse des vierten Quartals in der Stadt 446 und auf dem Lande 440; demnach jezt im ganzen Zweigverein 886 Mitglieder; die höchste Zahl seit 1904. Die Hauptkasse zählt an Unterhaltungen für die Kollegen des Zweigvereins: M. 434 Gemeindefreizeitunterstützung, M. 244,80 für Kassebuch, M. 327,50 Reiseunterstützung, M. 245,80 für Kollegen, die durch den Zimmerceit in Mitleidenhaft gezogen waren, M. 1884,65 Krankenunterstützung und M. 824,50 Sterbenunterstützung. Die Lokalkasse hatte eine Gesamtannahme (inklusive Kassenbestand) vom M. 8420,42, eine Ausgabe von M. 6627,45; demnach am 1. Januar 1910 einen Lokalkassenbestand von M. 1792,97. Wenn alle Kollegen mehr als bisher an der Stärkung der Organisation mitarbeiten, dann werden wir auch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen. Vorwärts! - muß auch für uns im kommenden Jahre die Parole sein.

Breslau. Am 18. Januar tagte unsere Generalversammlung. Kollege Bachmann warf einen Rückblick auf die Ereignisse im Jahre 1909. Der Anfang dieses Jahres war für den Verband nicht gut; denn von 1100 organisierten Kollegen waren im Januar 900 arbeitslos. Erst Ende März setzte eine lebhaftere Bautätigkeit ein, die bis zum Schlusse des Jahres anhielt. Zu gleicher Zeit wurde aber auch der Zugang von auswärtigen Kollegen größer. Da nun infolge des kalten Winters die angefangenen Arbeiten fertiggestellt und nicht genügend neue Arbeiter angefangen werden, so ist jetzt wieder eine ziemliche Arbeitslosigkeit zu bezeichnen. Durch Statistik ist festgestellt worden, daß am Orte jetzt 1800 Maurer beschäftigt sind. Von diesen sind 1280 im Verbandsorganisiert. Wenn nun gerechnet wird, daß 240 Kollegen christlich und zum Teil in benachbarten Zweigvereinen organisiert sind, so haben wir immer noch mit 300 unorganisierten Maurern zu rechnen. Daß diese Zahl noch so groß ist, ist zum großen Teil Schuld der Kollegen, die nicht genügend agitatorisch tätig waren, was auch der schlechte Veranlassungsbesuch bewies. Weiter kam Bachmann auf die Lohnbewegungen der angeschlossenen Sektionen (Holzerer, Zimmeryker und Kleinfleger) zu sprechen. Während die Bewegung der beiden ergründeten Sektionen kein erfreuliches Resultat zeitigte, gelang es den Kleinflegern, eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 1/2 und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu erreichen. Um die Kollegen auf verdienstlichen Gebieten zu bilden, wurden von den Genossen Winger, Albert Neumann und Schiller Vorträge gehalten. Hierauf verlas Kollege Jänigke die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 9379,20, davon wurden am Orte ausgegeben M. 4108,69 und an die Hauptkasse abgehandelt M. 5270,41. Mit dem alten Bestand betrug die Einnahme der Lokalkasse M. 19 666,50, die Ausgabe M. 3128,24 und der Bestand M. 16 538,26. Auf Antrag der Meistoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde Bachmann als erster Vorschlagender wiedergewählt. Neu gewählt wurden Starz als zweiter Vorsitzender und Wellhauje als zweifacher Kassierer. Den Kartellbericht gab Schiffer. Bei der Neuwahl der Delegierten wurde beschlossen, drei Vorstandsmitglieder zu delegieren. Den Bericht der Bauarbeiterschutzkommission gab Jänigke, in die wurden zwei Kollegen neu gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem Beschluß des Kollegen Albert Briedner, der auf einem geperrzten Bau als Streikbrecher gearbeitet hat. Da auf dem Bau noch mehr Kollegen gearbeitet haben, deren Namen noch nicht ermittelt sind, wurde die Angelegenheit vertagt. Zu den Gewerbeberechtigten wurden als Kandidaten die Kollegen Jänigke, Freitag, John und als Ersatzmann Wellhauje vorgeschlagen. - Dem Maurer Max Chinitia aus Breslau ist im Sommer auf einer Baustelle ein Ziegelstein auf den Kopf gefallen. Er ist infolge dessen später schwach geworden und kann sich nicht mehr heilen, wo es gewesen ist. Kollegen, die davon etwas wissen, werden ersucht, dies an das Verbandsbureau, Breslau, Margarethenstraße 17, zu melden.

Brühl. Am 15. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach Erlebigung der ersten Punkte der Tagesordnung, Vorstandswahl und Abrechnung, mußten wir uns wieder mit der Firma Fr. Schmidt & Sohn beschäftigen. Diese Firma, der im Sommer erst einmal durch die Schlichtungskommission und einmal durch das Schiedsgericht die Bestimmungen des Vertrages fargelegt werden mußten, erachtet jetzt die Zeit für gekommen, unsere Kollegen zu schiffen und zu mangeln. So wurde unsern bisherigen Vorsitzenden von der Firma bedeutet, daß die Arbeit vorläufig vorbei sei; zwei Tage später wurde aber ein anderer Kollege nach derselben Arbeitsstelle hingeschickt. Bei der anhaltenden mißlichen Bitterung und der beginnenden Bautätigkeit wurde die Firma genötigt, wieder Leute einzustellen. Es wurden aber nicht wie sonst die Kollegen in der Stadt zuerst eingestellt, sondern die Firma ging aufs Land und suchte dort ihren Bedarf zu decken, wohl weil sie glaubte, diese würden bei einem eventuell ausbrechenden Kampfe umfallen. Da hat sie aber die Rechnung ohne unsere Kollegen gemacht; denn die haben jetzt die ewigen Schifanierungen satt und es kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß diese Firma zu gegebener Zeit das Handwerk gründlich gelegt werden müsse. Mit keinem Absichten wird der Unternehmer Schmidt kein Glück haben; denn fetter als es stehen unsere Kollegen zur Organisation und sehen getrockneten Mutes den kommenden Dingen entgegen. Zu wünschen wäre nur, daß in dieser schweren Zeit sämtliche Kollegen bis auf den letzten Mann jede Versammlung besuchen und für den juteilich durchgeführten „Mastoder Angelegenheit“, den leider noch viele Kollegen lesen, das Arbeiterblatt, die „Medienburschische Volkszeitung“, befehlen.

Bunzlau. Am 15. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab. Nach dem Jahresbericht haben im verflorenen Jahre zehn Mitglieder-vereinsammlungen, zwei außerordentliche Versammlungen, sechs Vorstandssitzungen und eine kombinierte Sitzung, die zur Kariffrage Stellung nahm, stattgefunden. Ferner fanden zwei

Versammlungen in Brindorf statt, die von fast sämtlichen Kollegen der dortigen Ortschaften besucht waren. Nächsten sich doch an diesen Kollegen die Bunzlauer Kollegen ein Beispiel nehmen und sich etwas regen an den Arbeiten der Organisation beteiligen. Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug am Schlusse des Jahres M. 1748,44 gegen M. 1620,29 im Vorjahre. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, als Schiedsrichter wurde Kollege Hermann Krause neu gewählt. Da auch hier der bestehende Lohn- und Arbeitsvertrag geändert ist, mögen unsere Kollegen sich die obige Mahnung zu Herzen nehmen, denn der Fall wird ein gutes Bild der Tätigkeit, die die Kollegen für die Organisation entwickeln.

Colbitz. In unserer Generalversammlung am 9. Januar gab der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht, worauf er einleitend wurde. Nachdem dann der Vorstand und die Kartellbelegierten gewählt waren, diskutierten man die Frage, ob man der Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ beitreten wolle. Es wurde beschlossen, diese Frage in einer besonderen Versammlung zu erledigen. Alle Kollegen werden eruchtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Danzig. In Nr. 2 d. J. bringt die „Baugewerkschaft“ einen Bericht über den Ausgang eines Beleidigungsprozesses, den der Kollege Grünhagen gegen den christlichen Maurer Wittstock angestrengt hatte. Daß der Artikel dabei den Tatsachen Gewalt antun, die Wahrheit ins Gegenteil umkehrt, ist eine Sache, die weiter nicht verwunderlich, dafür aber notwendig ist. Um was handelt es sich? Gelegenlich einer Baustellenbesprechung der bei Krüger & Lautemann beschäftigten Kollegen, unter denen sich auch einige christliche befanden, fragte der christliche Wittstock den Kollegen Grünhagen, ob er Müller, ihren Bezirksleiter, eingeladen habe. Grünhagen verneinte das und fügte hinzu, er habe zu Müller kein Vertrauen, da der bei dem Streit in Meise Streikbrecher geliefert (siehe in Nr. 25 der „Baugewerkschaft“, Jahrgang 1908, sein eigenes Eingeständnis) und uns anständig einer Aktion am Justizgebäude im Stich gelassen habe; wenn W. wolle, daß Müller an der Besprechung teilnehmen möge, M. ihn holen, er Grünhagen, fühle sich dazu nicht verpflichtet. In der sich hieran knüpfenden Diskussion stellte Wittstock dann die Behauptung auf, der Kollege Grünhagen habe Streikbrecher nach Meidenburg, wo die Christlichen streikten, geschickt. Trotz den gemachten Vorhaltungen blieb er bei dieser Behauptung und fügte noch hinzu, da Müller dies in Versammlungen berichtet habe, müsse es wahr sein. Für den Kollegen Grünhagen konnte es aber keine Hilfe geben, er war nach Lage der Dinge gezwungen, dem Wittstock Gelegenheit zu geben, diese dreifachen Äußerungen, zu denen er sich hergegeben hätte, vor Gericht zu beweisen, wenn er den Verdacht nicht aufkommen lassen wollte, tatsächlich Streikbrecher vermittelt zu haben. Wittstock verweigerte, denn auch durch Benennung von Zeugen den Anschein zu erwecken, als ob er tatsächlich an diese Beschuldigung glaube, obwohl er vor dem Schiedsrichter bereit war, alles zurückzunehmen. Als er dann aber das Protokoll unterzeichnen sollte, rannte er räumigend davon, so daß der Schiedsrichter selbst den Kopf schüttelte und vielsagend lächelte. Was mag der über ein solches Betragen wohl gedacht haben? Die von Wittstock benannten Zeugen bekundeten aber entweder nichts, oder das Gegenteil von dem, was Wittstock beweisen wollte. Der Kollege R. O. gab folgende eidesstattliche Versicherung ab: Ich bin, etwa August 1908, mit dem Maurergesellen M. K. aus Danzig und M. D. aus Marienburg nach Meidenburg gefahren, um dort Arbeit zu suchen. Als wir dort ankamen, wurde uns von dem christlichen Maurer Grubowski erklärt, daß dort gestreikt würde. Wir erklärten uns zur Abreise sofort bereit, gaben unser Gehörig am Gewerkschaftler ab und fuhren mit dem nächsten Zuge wieder fort. Ich erklärte ausdrücklich und mit aller Bestimmtheit, daß dem Kollegen Grünhagen von unserer Reise dorthin nichts bekannt war und daß wir uns von Danzig aus nicht abgemeldet hatten. Ebenjowenig war uns vor unserer Ankunft in Meidenburg bekannt, daß dort gestreikt wurde. Außerdem erklärte Kollege Grünhagen vor Gericht, daß er die über Müller gemachten Behauptungen aufrecht erhalte und den Beweismittel zu führen bereit sei. Diesen lehnte das Gericht aber unerklärlicher Weise als unerheblich ab. Wittstock fand gnädige Richter, solche wie sie ein Sozialdemokrat wohl mit der Katene lüden kann. Das Gericht glaubte seiner Erklärung; er habe Grünhagen nicht beleidigen wollen; es billigte ihm den Schwur des § 193 des Strafgesetzbuches zu und fand zuguterletzt, daß überhaupt keine Beleidigung vorliege, da für das Vorliegen einer Beleidigung nicht die Anschauungen einzelner Kreise, sondern die der Allgemeinheit maßgebend seien. Es sei auch nicht allgemein in den Kreisen der Arbeiter der Streikbegriff etwas Verwerfliches, da es ja bei jedem Lohnkampf Streikbrecher gäbe, deren Zahl gewiß noch größer wäre, wenn nicht Fürcht vor den Streikenden sie daran hindern würde. Wir weisen diese Rechtsauffassung weit von uns, aber unsern christlichen Wittstock mußte sie dazu dienen, freigesprochen zu werden. Der Satz in der „Baugewerkschaft“: „an Gerichtsstelle wurde nachgewiesen, daß sozialdemokratische Maurer in Meidenburg als Streikbrecher gearbeitet und daß Grünhagen der allein schuldige ist, weil er Müller beleidigt hat“, soll den Eindruck erwecken, als ob sich G. tatsächlich etwas in der behaupteten Weise hat aufzulösen kommen lassen. Um das Abgemessene zu zerstören, setzen wir die entscheidende Stelle des Landgerichtsurteils hierher: „Durch diese Äußerung fühlte der Privatkläger sich beleidigt, und seinen Ausführungen war auch insofern beigetreten, als der Angeklagte einen Nachweis für die Wahrheit seiner Behauptung nicht erbracht hat. Im Gegenteil ist nach dem Aussagen der vernommenen Zeugen und der von dem Privatkläger beigegebenen eidesstattlichen Versicherung des Maurers R. O. als er ermittelt angesehen, daß die Maurer, die seinerzeit die Arbeit in Meidenburg aufgegeben haben, ohne Wissen und Willen des Privatklägers Grünhagen dorthin gegangen sind.“ Das ist doch wohl deutlich genug. Der Ausgang der Klage ist deshalb nicht eine Belastung des Kollegen Grünhagen, sondern die Feststellung, daß die Behauptungen der Christlichen offenbare Lügen sind. Die „Baugewerkschaft“ hätte eigentlich froh sein sollen; daß wir über diesen Prozeß

nicht berichtet hatten; denn besser können ja die christlichen Brüder gar nicht festgehalten werden, und dann mag sie ja nicht glauben, wir würden uns dies Agitationsmaterial entgegen lassen. Nein, so christlich sind wir nicht! Auch die „Königsberger Volkszeitung“ wird die christliche Neugier beim Erscheinen dieser Zeilen berichtet haben.

Deutsch Eylau. Unfre Veranstaltung am 9. Januar eröffnete der Vorsitzende mit einer Ermahnung der Beitrags-erstattenden, ihre Beiträge recht bald zu bezahlen. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Zwei bedürftigen Kollegen bewilligte die Versammlung eine Unterstützung. Nach einer aufmunternden Ansprache des Vorsitzenden erfolgte Schluss.

Düsseldorf. (Jahrebericht.) Bereits im vorjährigen Jahresbericht teilten wir mit, daß die Unternehmer im Landkreise sich nicht an den im Jahre 1908 getätigten Vertrag hielten, die Löhne vielmehr nach wie vor nach ihrem Belieben zahlten. Zum Teil betrug die Löhndifferenz bis zu 8 1/2 pro Stunde. Da es aus im Jahre 1908 infolge der schlechten Konjunktur nicht möglich war, die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu zwingen, so wollten die Düsseldorf'er Unternehmer, selbst Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, ebenfalls für sich das Recht in Anspruch nehmen, für Arbeiten im Landkreise niedrige Löhne zu zahlen, da sie von dem Augenblick an vom Vertrage entbunden seien, wo wir nicht die übrigen Unternehmer in den Landorten zur Innehaltung des Vertrages zwingen könnten. Wir bewahrten uns ganz entschieden dagegen, daß den Unternehmern ein derartiges Recht zustehe, und diese haben ihr Unrecht schließlich auch eingesehen. Die Unternehmer im Landkreis aber hielten es, obwohl sich die Bautätigkeit bereits im Frühjahr erheblich besserte, trotzdem nicht für nötig, den Vertrag gutwillig anzuerkennen. Landwärtige Kämpfe mußten erst geführt werden, um das längst Bestehende neu zu erlangen; leider war es aber nicht möglich, den Vertrag bei allen Unternehmern durchzuführen. In Venrath kam es am 28. April zur Arbeitseinstellung, die ziemlich einmütig erfolgte. Nach Ablauf einer Woche bewilligte der Unternehmer Schöpfer, der 60 pSt. aller Arbeiter in Venrath hatte. Die anderen Unternehmer konnten aber ihre dringenden Arbeiten mit Streikbrechern aus der nächsten Umgebung fertigstellen, so daß kein voller Erfolg zu erzielen war. Geßperdt mußte auch der Unternehmer Stöder von Mülheim a. Rh. werden, der in Hothhausen ein Elektrizitätswerk baute. Stöder, Mitglied des Arbeitgeberverbandes, weigerte sich, den Tariflohn zu zahlen mit der Begründung, daß auch die Venrath'er Unternehmer denselben nicht zahlten. Nach einjähriger Dauer bewilligte er jedoch, am 27. April kam es in Gerresheim zum Streik. Die dortigen Unternehmer hatten im letzten Jahre infolge der äußerst schlechten Bautätigkeit nur einen Stundenlohn von 52 bis 54 1/2 gezahlt, und glaubten auch jetzt, den Vertrag noch ignorieren zu können. Jedoch hatten sie sich diesmal geirrt; denn die Arbeitseinstellung erfolgte einmütig, obgleich von den 38 am Orte vorhandenen Kollegen, die die Arbeit einstellen, bei Beginn des Streiks nur 17 organisiert waren. Da keiner von den Streikenden abtrünnig wurde, die Unterhändler Streikbrecher aber bereits in Venrath arbeiteten, so mußten die Unternehmer nach zwei Wochen den Vertrag anerkennen. In Rath glaubte der Unternehmer Zimmer mit der Anerkennung des Tarifs noch Zeit zu haben, worauf sämtliche bei ihm beschäftigten Kollegen am 28. April die Arbeit niederlegten. Da Zimmer seine Arbeitswilligen erhalten konnte, so sah er sich noch Verlaufs von einer Woche gezwungen, den Vertrag anzuerkennen. Die übrigen drei Unternehmer in Rath hatten den Vertrag ohne Arbeitseinstellung anerkannt. In Kaiserswerth erkannte die Unternehmer, soweit sie jetzt Arbeit hatten, den Vertrag an. Am 11. Juni wurde der Neubau der Diakonissenanstalt, Unternehmer Sellmann von Gilden, gesperrt. Die Gildener Kollegen beschäftigten, sich der Geßsel zu entziehen, die ihnen durch das Aufreten des Unternehmers Sellmann bei ihnen im Jahre 1908 getätigten Vertrag auferlegt war, der im Vorzuge der Gildener Unternehmer an den Verhandlungen teilnahm, obgleich er nicht einmal Mitglied des Arbeitgeberverbandes war, und es erreichte, daß Gilden aus dem Düsseldorf'er Vertragsgebiet auswich, wodurch die Kollegen nur 52 1/2 Stundenlohn erhielten. Am 7. Juni traten die Gildener in den Streik ein. Da Gilden im Landkreise Düsseldorf liegt, mithin Kaiserswerth und Gilden zu einem Vertragsgebiete gehörten, so legten auch unsere Kollegen in Kaiserswerth die Arbeit nieder. Leider hatte der Gildener Streik nicht den gewünschten Erfolg, jedoch dürfte er den dortigen Unternehmern eine heilsame Lehre sein. Am 7. September traten unsere Kollegen in Ratingen in den Streik, nachdem unsere Bemühungen, die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu veranlassen, gescheitert waren. Die dortigen Unternehmer zahlten Stundenlöhne von 50 bis 55 1/2. Die Arbeitseinstellung war äußerst schlecht. Von 51 beschäftigten Maurern legten nur 31 die Arbeit nieder, die übrigen blieben als Streikbrecher stehen. Die Arbeitseinstellung war jedoch unbedingt notwendig, da die Unternehmer in den Verhandlungen erklärten, daß sie die organisierten Kollegen nicht beschäftigen, da diese zu frech wären, obwohl sie zugaben, daß sie gut arbeiten könnten. Es war unter diesen Umständen also notwendig, den Ratingener Unternehmern wenigstens diejenigen Kräfte zu entziehen, die nach ihrer eigenen Aussage arbeiten können, und dies ist uns auch gelungen. Der Streik besteht noch weiter und wir denken auch nicht daran, ihn aufzuheben. Durch den Streik sind verschiedene Bauten, die dieses Jahr fertig gestellt werden sollten, zurückgeblieben, so daß den Unternehmern die weitere Fernhaltung des Ausganges wahrlich nicht angenehm sein wird. Aus Anlaß der Lohnbewegung wurden sieben Kollegen wegen 13 Vergehen angeklagt. Die meisten Anlagen wurden wegen des Venrath'er Streiks erhoben. Befragt wurden vier Kollegen wegen neun Vergehen zu insgesamt sechs Monaten Gefängnis und 80 Geldstrafe, während die Kollegen in fünf Fällen freigesprochen wurden. Wapperten hatten wir sechs zu verzeichnen. Am 2. April entließ der Richter Schöber sämtliche neun bei ihm beschäftigten Kollegen, weil sie nach seiner Meinung nicht genügend geleistet hätten; von dem Kolner verlangte er den Austritt aus der Organisation. Da Herr Schöber keine Arbeitswilligen erhalten konnte, so mußte er nach vier Tagen sich bequemen, die Leute wieder

einzustellen, ferner zahlte er an die Kollegen an Entschädigung für verlorenen Arbeitsverdienst eine Rube von M. 50. Der Unternehmer Stöder von Mülheim sperrte am 9. Juni 23 Kollegen aus weil sie nach Ansicht des dortigen Richters der Firma vom 1. März einen halben Tag gefeiert hatten. Als die Organisationsleitung am 11. Juni mit dem ersten Kolner Briefwechsel genommen hatte, erfolgte ihre Wiedereinstellung. Am 24. August wurde dann über denselben Unternehmer die Sperre verhängt, weil er täglich bis zu 13 Stunden arbeiten ließ. Auf unsere Beschwerde hatte das Einigungsamt entschieden, daß die Überstunden zu vermeiden seien. Nach einjähriger Sperre wurde auch der Unternehmer zu dieser Ansicht bekehrt. Weitere Differenzen hatten wir mit der Firma Wostau & Knauer, den Unternehmern Welter in Neuf und Spmann in Gerresheim und Ratingen, sowie mit den Unternehmern Florat. Die neunstündige Arbeitszeit und 67 1/2 Stundenlohn forderten die Zementfabrik. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab. Da die Konjunktur im Sommer nicht besonders günstig war, nahmen unsere Kollegen von einer Arbeitseinstellung Abstand. Wegen Nichtinhaltung des Pflichtenvertrages mußte wiederholt Klage geführt werden. Die Bautätigkeit im allgemeinen war sehr gut. Viel zu wünschen übrig läßt noch der Bauarbeiterlohn. Durch die Erweiterung der Stadt ist es den vorhandenen Bautenkontrollen nicht möglich, die Bauten eingehend zu revidieren. Schaulichere Zustände sind in den eingemeindeten Vororten vorhanden. Gar häufig kann man dort von Keller bis zum Dach schauen, da jegliche Abdeckung sowie Schutzdecken fehlen. Aborte und Wasserbehälter teilweise vollständig, so daß man mitunter glauben sollte, man befände sich in den Gefilden Ostpreußens und nicht in einer Großstadt. Unsere fortgesetzte Kritik hat es bisher noch nicht vermocht, die weitere Anstellung eines Bautenkontrollen zu erzwingen. — Zur Verbannung der Agitation fanden im März in allen Bezirken der Stadt sowie im den Bahnhöfen Versammlungen statt, die, wenn auch zum Teil nicht gut besucht, doch wesentlich zur Förderung der Organisation beitrugen; war es doch unbedingt notwendig, zunächst die eigenen Kollegen wieder aufzurichten. Denn gar viele hatten infolge der zweijährigen Krise und des schrecklichen Winters noch recht stark zu leiden und zum Teil bis weit in den Sommer hinein an den gemachten Entschädigungen. Doch können wir mit Freude konstataren, daß unsere Kollegen gleich zu Beginn des Frühjahres es an der nötigen Agitation nicht fehlen ließen. Bereits im zweiten Quartal hatten wir einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. In vielen Fällen gelang es, die Kollegen, die infolge der Krise verlorengegangen waren, wieder zu gewinnen. Überall ging es vorwärts; rechtliche Hilfe gaben sich unsere Ratgeber, auch um die dortigen Unzufriedenen, deren Zahl noch äußerst groß ist, für die Organisation zu gewinnen; leider waren ihre Bemühungen nur von geringem Erfolg. Im Neuf gelang es uns leider nicht, die Organisation vorwärts zu bringen. Wenn es auch gelang, einen Stamm Mitglieder zu halten, so ist die Zahl derselben im Verhältnis zu den dort beschäftigten Kollegen jedoch äußerst gering. Hier trüben die Krise und der Schnaps noch vollständig. Wenn man in die Wirtschaften kommt, so sieht man in der Regel die Arbeiter in ihren Arbeitskleidern an der Theke stehen und einen halben Schoppen trinken. Ja, nicht genug damit, daß der Fasel an den Wochentagen geoffen wird, auch des Sonntags sieht man mehr Schnaps- als Biergläser in den Wirtschaften auf den Tischen stehen. Und gar wenige Maurer dürfte es geben, die nicht ständig ihren Schnaps zu Hause haben und jedem, der sie gelegentlich einmal besucht, die Bierstafche vorsetzen. Solange es der Organisation nicht gelingt, die Leute von dem Alkoholen zu abbringen, wird es auch schwer halten, dort eine gute Organisation zu schaffen. Defensitive Versammlungen fanden 9, Mitgliederversammlungen 128, Vorstandssitzungen 29, Sitzungen in den Bahnhöfen 14, Baudelegiertenversammlungen 11, Sitzungen der Robn- und Schlichtungskommission 8, Bauteilverfammlungen 28, sonstige Sitzungen, woran Mitglieder des Vorstandes teilnahmen, 26, Bezirkerversammlungen 12 und Kassenerhebungen 7 statt. Die Korrespondenz gestaltete sich folgendermaßen: Es gingen ein: 3 Geldsendungen, 6 Telegramme, 22 Briefe, 186 Postkarten und 94 Druckfachen bzw. Geschäftsbriefe, ausschließlich der „Grundstein“-Sendungen. Es gingen aus: 17 Geldsendungen, 1067 Briefe, 288 Postkarten, 3 Telegramme, 761 Druckfachen bzw. Geschäftsbriefe und 31 Patete. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 24 809,95, die Ausgabe M. 24 809,95. Die Lokalkasse hatte mit dem Kassensstand vom Schlusse des vorigen Jahres (M. 5868,78) eine Einnahme von M. 17 816,71, eine Ausgabe von M. 10 088,85, so daß der Kassensstand am Schlusse des Jahres 1909 M. 7228,86 betrug, wovon M. 6932,87 bei der Sparkasse belegt sind. — In diesem Jahre wird es die Aufgabe der Kollegen sein, mit aller Kraft für die Organisation zu wirken, damit auch die uns noch fernstehenden Leute in unsere Reihen geführt werden.

Einbrech. Am 9. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, in der Kollege Finemann den Bericht von der Bauarbeiterkonferenz in Hannover gab. Nachdem dann der Vorstand neu gewählt worden war, kam die Angelegenheit der vom Maurermeister Schüller entlassenen Kollegen zur Sprache. Die Kollegen waren entlassen worden, weil sie den ihnen aufgebundenen Lohnausfall gefordert hatten. In zwei Lohnkommissionssitzungen war ausgesprochen worden, daß Finemann die Entlassenen wieder einzustellen habe. Als er die Angelegenheit trotzdem vom Tag zu Tag hinauszog, griffen unsere Kollegen zur Arbeitseinstellung. Das half; denn schon in einer Stunde war die Angelegenheit erledigt. Möge dies den Kollegen eine Lehre sein, daß sie in ähnlichen Fällen gleich etwas energischer handeln müssen, damit dem Verband um solch kleine Saden nicht so viel Kosten entstehen.

Gefuhr. (Jahrebericht.) In unserem vorjährigen Jahresbericht hatten wir die Hoffnung ausgesprochen, daß die für die Kollegen, wie überhaupt für die gesamte Arbeiterklasse beängstigende Krise ihren Höhepunkt bald überschritten habe. Mit Beginn des neuen Jahres machte sich auch ein Aufschwung der Konjunktur bemerkbar, der aber im Hochsommer fast vollständig wieder verloren ging. Der Aufschwung war wesentlich durch den Bau der Ra-ballerierkaserne beeinflusst worden; nachdem dieser im No-

vau vollendet war, ging die Zahl der Beschäftigten bedeutend zurück. Die Zahl der Bauten und der daran Beschäftigten ergibt sich aus folgenden Zahlen: Es wurden gemäß im vierten Quartal 1908 bei 68 Unternehmern auf 110 Bauten 52 Poliere, 497 Gefellen, 106 Seiflinge; im ersten Quartal 1909 dagegen bei 77 Unternehmern auf 133 Bauten 51 Poliere, 726 Gefellen und 163 Seiflinge. Das ist ein Mehr von 23 Bauten und 229 Gefellen. Die Bautätigkeit blieb auch im zweiten Quartal annähernd gleich, ging aber dann im dritten und vierten Quartal bedeutend zurück. Bei einer im Dezember aufgenommenen Kontrolle wurden gezählt: bei 62 Unternehmern auf 87 Bauten 34 Poliere, 489 Gefellen und 89 Seiflinge. Hier ist also der niedrige Stand vom vierten Quartal 1908 wieder erreicht. Nach der Zahl der verkauften Arbeitslosenzetteln zu urteilen, ist in diesem Jahre die Arbeitslosigkeit größer gewesen als im Vorjahre; denn es wurden hierüber über 1000 Stück mehr umgesetzt. Der Niedergang der Bautätigkeit ist nun nicht etwa in einem Ueberfluß an leerstehenden Wohnungen zu suchen; denn nach den amtlichen Nachweisungen beträgt deren Zahl nur 2,12 pSt. Dabei sind leerstehende Wohnungen aller Größen einbezogen. Bei den größeren Wohnungen mit mehr als zwei heizbaren Zimmern (außer Küche) beträgt der Prozentsatz 2,71, bei den Wohnungen mit ein bis zwei heizbaren Zimmern dagegen nur 1,68. Wir sehen hieraus, daß keine Rede von Ueberfluß an Wohnungen sein kann. Die allgemeine Krise übt auch jetzt noch ihre Wirkung aus; doch ist nach der amtlichen Statistik die Zahl der polizeilich genehmigten Bauten wieder im Steigen begriffen. Wie die Bautätigkeit 1910 wird, ist indes noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen, obgleich verschiedene größere Kommunalbauten (unter anderem ein Schlacht- und Viehhof) errichtet werden sollen. Der mehrere Wochen anhaltende strenge Winter, während dessen die gesamte Bautätigkeit brach lag, brachte es mit sich, daß gleich zu Beginn des Jahres die Bautätigkeit etwas lebhafter einsetzte, was auch den Mitgliederstand günstig beeinflusste. Die Zahl der Mitglieder stieg von 845 im vierten Quartal 1908 auf 889 im ersten Quartal 1909, betrug nach Schluss des zweiten Quartals rund 1000 und ging von da an durch die vermehrte Bautätigkeit wieder zurück. Am Schlusse des vierten Quartals hatten wir 893 Mitglieder. Der Mitgliederstand hat sich demnach um 48 gehoben. Es darf wohl angenommen werden, daß die Kollegen in der Zeit der Krise den Wert der Organisation am allermeisten kennen gelernt haben und ihr demzufolge auch treu bleiben werden. Von den nach dem Streik von 1907 gegründeten gemäßigten Organisationen hat man wenig oder gar nichts gehört. Die Zersplitterung des christlichen Bauhandwerkerbundes blüht als „Weißen im Verborgenen“. Der „Bauhändlerverband von Erfurt“, eine unter dem Schutze der Unternehmer stehende gelbe Organisation, hat seine besten Kräfte abgegeben, aber auch von ihm hat man nur selten etwas zu hören bekommen. Sein Agitationsfeld beschränkt sich hauptsächlich auf die Poliere und nur wenige Gefellen sind, die dieser Unternehmergattung Gefolgschaft leisten. Im Februar betrafen die letzten Opfer des Kampfes vom Jahre 1907 die ungarische Stätte des Gefängnisses, und führten in die preußisch-deutsche Freiheit zurück. Auch das noch gegen einen Kollegen stehende Verfahren fand seine Entscheidung durch eine Geldstrafe von M. 25. Ingesamt wurden an Rechtschutz, Polizeistrafen und Inhaftierungenunterstützung weit über M. 3000 ausgegeben. Am 1. April trat die laut Tarif vorgesehene Lohnerhöhung von 52 1/2 auf 53 1/2 in Kraft, und man kann wohl sagen, daß der Lohn überall gezahlt wurde; wenigstens sind Beschwerden wegen Nichtzahlung des Tarifs nicht laut geworden. Die Unternehmer waren jedoch nicht sehr von der Zulage erbaut, und einige machten ihrem bedrängten Beragen in der „Arbeiter-Zeitung“ Luft, indem sie Klageführer über die hohen Abnastimmungen. In der Bahnhöfe-Gräfentonna wurde eine Lohnbewegung geführt, die mit dem Abschluß eines Vertrages, der 54 1/2 Stundenlohn und die gehaltvolle Arbeitszeit vorsieht, beendet wurde. Geordert waren 86 1/2 Stundenlohn und die gehaltvolle Arbeitszeit. Zur Arbeitseinstellung kam es bei einem Unternehmer, der aber noch am Tage der Arbeitseinstellung unterdries, so daß am andern Tage die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. In Anbetracht der früheren Verhältnisse bedeutet dieser Abschluß immerhin eine bedeutende Verbesserung, wurden doch vorher Löhne bis zu 28 1/2 gezahlt und die Arbeitszeit nur noch elfstündig. — Im Laufe des Jahres kam es mehrmals zu kleinen Differenzen, die aber alle bis auf eine gültig beigelegt wurden. Einmal wurde die Schlichtungskommission angewandt, als es sich um eine Entlassung handelte, die als Maßregelung aufgefaßt wurde. Die Unternehmer erklärten, dies sei nicht der Fall, es habe lediglich Arbeitsmangel vorgelegen. Es wurde zugesichert, daß, wenn wieder Leute gestaubt würden, die Entlassenen zuerst wieder eingestellt werden sollten. — Im Oktober erschien in der „Tribüne“ ein Artikel, der das neueste auf dem Gebiete der Schulergebnisse betraf gab. Von einem Lehrer Reinhardt wurden den Schülern des Bauhandwerkers Gedächtnis diktiert, durch die die Maurer auf das Größliche beleidigt wurden. Eine Versammlung nahm Stellung hierzu und wies dies Maßwerk energisch zurück. Gleichzeitige wurde Beschwerde beim Magistrat erhoben und angefragt, was er zu tun gedente, damit solche einen ganzen Handwerkerstand beleidigende Dinge, nicht wieder vorkämen. Die Antwort auf die Beschwerdeschrift lautete, es habe dem Lehrer Reinhardt fern gelegen, irgend jemand zu beleidigen; er habe keine Scherzhaft aus einem Verstande entnommen, das „Maurer im Sprachrohr behandelt“. Im übrigen teilte er mit, daß die Lehrweise des Lehrers „über allem Zweifel erhaben“ sei und kein Grund vorläge, gegen ihn einzuschreiten. — Am 1. April läuft unser im Jahre 1907 mit den Unternehmern abgeschlossener Vertrag ab. Unsere Kollegen waren gewonnen, unter dem alten Vertrag noch ein Jahr weiter zu arbeiten. Anders dachten jedoch die Unternehmer; denn am 31. Dezember ließ prompt die Kündigung ein. Jedenfalls halten die Unternehmer den Moment für gekommen, wo sie glauben, den ihnen verhassten Arbeiterorganisationen den Garaus machen zu können. In den Kollegen wird es nun liegen, auf der Hut zu sein und sie noch abseits Stehenden für die Organisation zu gewinnen. Geschicht dies und ist sich ein jeder Kollege der Situation bewußt.

dem nur dann würden uns Erfolge sicher sein. Beschlossen wurde noch, daß der Angestellte auch die Kassengeschäfte übernehmen soll. Hierauf wurde als Vorsitzender der bisherige Kassierer Ernst Goldmann sowie die übrigen Vorstandsmittelglieder und die Mitglieder der Kommissionen gewählt. In „Verschiebenes“ wurde noch mitgeteilt, daß der frühere Unterkassierer Robert Baumert nach Unterzeichnung von Verbänden- und Parteigeldern sichtlich geworden ist. Nach einiger andern gesättigten Mittelunterstützung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Münster i. W. (Zahresbericht.) Am 16. Januar fand die erste diesjährige Generalversammlung statt, in der uns Kollege Fritz Kahl-Dorfmund einen sehr lehrreichen Vortrag über Kartelle und Syndikate hielt. Am Schluß seines Referats berichtete er noch über die bisher gepflogenen Verhandlungen im Baugewerbe, die, wie aus der Fachpresse verständlich, allseits gewisheitlich sind. Er forderte die Kollegen auf, die Lausheit abzustreifen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu agitieren und nicht dem Vorstand alles allein zu überlassen, die Versammlung besser als im verflochtenen Jahre zu besuchen sowie die uns noch fernstehenden heranzuziehen, um so den Unternehmern zu zeigen, daß wir festen und fröhlichen Mutes den von ihrer Seite aufzunehmenden Kampf aufnehmen; denn nur so führe der Kampf zum Sieg. Dann gab der erste Vorsitzende den Jahresbericht. Es haben 16 Mitglieder, 2 außerordentliche, 1 Generalversammlung, 18 Vorstandssitzungen und 11 Revisionen stattgefunden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 110. Neu eingetretene sind 26, davon waren schon einmal Mitglieder 8, zugerechnet sind 74, gestorben 4, zum Militär eingezogen 4, wegen Beitragsrückstand gestrichen 2, abgetreten 94. Die Arbeitsgelegenheit war sehr flau, so daß die größte Zahl der Kollegen auswärtig zu arbeiten gezwungen war. Der Quartals- und Jahresbericht wurde vom Kassierer W. Schlauch vorgelesen. Die Einnahme der Hauptkasse betrug im vierten Quartal M 522,15, die der Lokalkasse mit dem Bestand vom dritten Quartal M 2611,62, die Ausgabe der Lokalkasse war M 302,66, so daß ein Bestand von M 2308,96 bleibt. Davon sind per Kant belegt M 2264,85. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer einstimmig die Vergütung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden folgende Kollegen wiedergewählt: In Punkt „Verschiebenes“ ernannte der Vorsitzende die Kollegen mit Beitragsrückständen, diese sobald wie möglich zu begleichen. Für die Wintermonate ist ein Diskutierabend eingerichtet; eine rege Beteiligung der Kollegen wird erwartet. Zum Schluß wies er noch auf den Wert des Konjunkturvereins hin und forderte die Kollegen zum Beitritt sowie zum Abonnement der Arbeiterzeitung auf.

Nauen. Am 16. Januar lagte unsere Monatsversammlung. Der Kassierer verlas den Kassienbericht vom letzten Quartal und hierauf den Jahresbericht. Beide Abschlüsse waren in guter Ordnung, worauf der Kassierer einstimmig entlassen wurde. Bei der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege W. Berger als Vorsitzender, ebenso Kollege A. Riebelthal als Kassierer wiedergewählt. Die Zahlung der Beiträge findet jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jedes Monats bei Schulz, Marktstraße, statt. Die Versammlungen tagen jeden dritten Sonntag im Monat im Volksgarten. Nachdem die referierenden Mitglieder bekanntgegeben waren, wurde die nötig besuchte Versammlung geschlossen.

Deutscherhagen. Unsere Versammlung am 9. Januar erlebte mehrere gespäßliche Anlegenheiten; sie nahm die Abrechnung und den Jahresbericht entgegen und wählte bei der Vorstandswahl den alten Vorstand wieder. Bei der Bestellung des Hilfskassierers zeigte sich wieder das alte Weiden, indem sich nur schwer Kollegen dazu bereit fanden. Für Niederbecken konnte kein Kassierer bestellt werden, weil von dieser Zahlstelle kein Mitglied zur Versammlung gekommen war. Nachdem Kollege Schilling den Kartellbericht erlasen hatte, sprach Kollege Lampe aus Hannover über die bisher gepflogenen Tarifverhandlungen. Er schloß mit der Aufforderung, jetzt mit allen Kräften für die Stärkung unserer Stellung zu arbeiten.

Quersicht. Hier fand am 13. Januar die erste diesjährige Generalversammlung statt. Den Geschäftsbericht für das verflochtene Jahr erlasen der Vorsitzende. Der Kassierer berichtete, daß die Mitgliederzahl sich nicht so sehr vermehrt hat; die Revisionen haben wir nicht zu versäumen. Zum Vorsitzenden wurde Herman Rindner, zum Kassierer Hermann Koch gewählt.

Regensburg. In der Generalversammlung am 16. Januar gab Kollege Wohl den Kartellbericht und Engler den Jahresbericht. Mit mehreren Firmen mußte wegen Nichterhaltung des Tarifs verhandelt werden. In zwei Fällen wurde Rechtschutz erteilt. Es wurden 24 Versammlungen, 18 Vorstandssitzungen und 16 Gemeindefestungen abgehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des vierten Quartals 507. In bezug auf Beitragszahlung haben die Kollegen ihre Pflicht getan. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem Appell an die Kollegen, in Zukunft die Bibliothek fleißig zu benutzen und sich mehr fürs öffentliche Leben zu wappnen. Aus dem Kassierbericht, den Kollege Stitz gab, ist zu entnehmen, daß die Lokalkasse über M 1524 verfügt. Es wurden dann noch die Wahlen des Gesamtvorstandes und der Kommissionen vorgenommen. Beschlossen wurde, den Unterkassierern für jede verkaufte Marke 5 s zu gewähren.

Ronneburg. Die Hauptversammlung unseres Zweigvereins am 16. Januar hätte besser besucht sein können. Nachdem der Kassierer den letzten Quartalsbericht sowie den Jahresbericht vorgetragen hatte, wurde ihm Entlassung erteilt. Hierauf gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Daraus ist hervorzuheben die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für 1910, die Erhebung über Bauarbeiterzuschuß, begleichen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitslohnverhältnisse wurden geregelt vorgenommen. In sechs Versammlungen wurden Beiträge gehalten. Bei der Neuwahl wurden als erster Vorsitzender Kollege Bromane, als erster Kassierer Kollege Günther gewählt. Nach einer Aussprache über die Arbeitsverhältnisse am Neubau des Automobilwerks erreichte die Versammlung ihr Ende.

Zangerhausen. Unsere Generalversammlung am 9. Januar war, obwohl sie mehrmals bekannt gegeben war, nicht gut besucht. Wenn die Kollegen den „Grundstein“ verfolgt hätten, müßten sie wissen, daß jetzt keine Zeit zum Schlafen ist, sondern daß jetzt seine ganze Person in den Dienst der Organisation stellen muß. Kollegen, berührt Euch nicht auf das Vererbe, unsere Unternehmer wollten die Maßnahmen des Unternehmerbundes nicht mitmachen. Folgt nicht diesem Streikengange, sondern arbeitet unabhängig an der Festigung und Kräftigung unserer Organisation. Sorgt künftig mehr als bisher für einen guten Besuch der Versammlungen. Regt der „Grundstein“ nicht wie bisher achsellos beiseite, sondern legt ihn gründlich durch; denn alle Begebenheiten auf dem Gebiete der Organisation werden darin bekannt gegeben, und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dies zu beachten und danach zu handeln. Kollege Rau gab den Kassierbericht. Die Einnahme der Lokalkasse im vierten Quartal betrug M 233,12, die Jahreseinnahme der Lokalkasse betrug M 561,07, die Ausgabe M 436,80. Trotz der schlechten Baukonjunktur der letzten Jahre ist die Mitgliederzahl von 108 auf 110 gestiegen, so daß wir mit den Erfolgen einigermaßen zufrieden sein können. Kollege Koch-Wagdeburg sprach dann kurz über die bei eintägigen Verhandlungen zu beobachtende Taktik. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Gustav Weidert, Otto Dittmann, Otto Raum, Karl Jügelhaas, Friedrich Keufer. In „Verschiebenes“ wurden noch einige Urträge zum Verbandstag diskutiert, die dem Delegierten, Kollegen K. Dittmar-Erlleben, unterbreitet werden sollen. Weiter wurde beschlossen: Kollegen, die länger als sechs Wochen krank sind, eine Unterstützung von M 10 aus der Lokalkasse zu bewilligen; bei dringenden Fällen kann jedoch schon bei vierwöchiger Krankheit eine Ausnahme gemacht werden. Kollegen, die mehr als sechs Versammlungen vermissen, gehen dieser Vergünstigung verlustig.

Schleis. Am 2. Januar fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, in der Kollege Koch-Leipzig in einjähriger Rede über den neuen Untertarif und dessen Folgen im nächsten Frühjahr sprach. Dann gab der Vorsitzende den Jahres- und Kassierbericht. Die Mitgliederzahl beträgt am Jahresabschluss 84; an Beitragsmarken wurden verkauft 494 à 85 s. Arbeitslosenmärkten 23, Lokalmärkten 256. Hierauf wurden die Vorstandswahlen vorgenommen und als erster Vorsitzender Kollege Schneider, als Kassierer Gönig wiedergewählt. Sie sollen mit M 50 entfähigt werden. Dann wurden sämtliche Hilfskassierer für die ungenügenden Erdschichten gewählt; sie erhalten für jede verkaufte Marke 1/2 s Nachweis noch verschiedene andere Angelegenheiten erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Schmalladen. Unser Zweigverein hielt am 16. Januar eine Mitgliederversammlung in Selgental ab, die ausnahmsweise gut besucht war. Vom Kassierer wurde die Quartals- und Jahresabrechnung vorgelesen, die als richtig anerkannt wurde. Dann behandelte der zweite Vorsitzende (der erste Vorsitzende hat 1909 überhaupt keine Versammlung besucht), daß unsere Mitgliederzahl in diesem Jahre von 76 auf 82 zurückgegangen ist, was der Lausheit und Untereffektivität der Kollegen zuzuschreiben ist. Hauptächlich sind es die Maurer, die meinen, sie brauchen keine Organisation, weil sie ein paar Pfennige mehr Lohn bekommen als die Zimmerer, trotzdem auch ihr Lohn im vergangenen Jahre von 40 auf 38 und 38 s. reduziert worden ist. Unser Zweigverein besteht aus 33 Zimmerern, 26 Maurern und den Bauhilfsarbeitern. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Hugo Deiml als Vorsitzender, Gustav Müller als Kassierer und August Wilhelm als Schriftführer gewählt. Dann wurden die Kollegen von Klein & Müller ernannt, tüchtig für die Organisation zu agitieren, damit es endlich in Schmalladen wieder vorwärts gehe.

Schneidemühl. Am 14. Januar hielt der Zweigverein eine Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Zu besprechen war die Lohnfrage. Die Lohnkommission berichtete über die Verhandlung mit den Unternehmern. Der Vorsitzende der Unternehmer, ein Herr Dr. Adler, leitete die Verhandlung und las die Lohnforderung vor, die wir eingereicht haben. Wir fordern 30 s Stundenlohn, bisher betrug er 46 s, und 55 s Stundenlohn für Landarbeit. Der Herr Doktor lehnte die Forderung rundweg ab mit der Begründung, daß die Unternehmer jetzt keinen Lohnzuschlag gewähren könnten. Wir müßten entweder ohne Vertrag arbeiten, oder, wozu die Unternehmer bereit seien, den alten Vertrag bis zum 1. April verlängern. Auf unser Verlangen, uns doch einen Lohnzuschlag bis zum 1. April zu gewähren, sagte der Doktor, daß die Maurer dem lieben Gott dankbar sein könnten, daß sie jetzt Arbeit hätten, er gäbe bis zum 1. April keinen Lohnzuschlag. Hierüber kam es nun in der Verhandlung zu einer lebhaften Debatte. Manche Kollegen meinten, daß wir wohl jetzt unsere Forderung durchbrücken könnten, da wir eine gute Baukonjunktur hätten. Kollege Radtke war anderer Meinung und betonte, daß es wohl das Beste sei, den Tarif bis zum 1. April zu verlängern; wenn wir jetzt - in eine Bewegung eintreten würden, wäre der Erfolg sehr zweifelhaft, und nach dem 1. April würden wir doch in die Aussperkung hineingezogen werden; wir hätten dann zweimal zu kämpfen. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Tarif bis zum 1. April zu verlängern. Zum Schluß ermahnte der Kollege Stöck die Kollegen, auf den Bauten mehr zu agitieren, damit wir, wenn die Aussperkung käme, alle organisiert seien. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Schönebeck a. d. E. Am 8. Januar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Es wurde bekannt gegeben, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, in der über die Reichsversicherungsordnung verhandelt werden soll. Außerdem finden vom 14. Februar an acht Vortragabend am Rühle statt. Laut Jahresbericht ist unsere Mitgliederzahl auf 184 gestiegen. Rechtschutz erhielten zwei Kollegen, Krankenunterstützung zwanig und Sterbegeld wurde an einen Kollegen ausbezahlt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des früheren Vorstandes. Unsere Kollegen, die wegen schlechter Konjunktur in Magdeburg arbeiten müssen, führen Bescherden, weil sie hier und in Magdeburg Lokalmärkten besorgen müssen, also einen höheren Beitrag leisten sollen als die Magde-

burger selbst. Die Regelung der Frage wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Zandau. Nachdem unsere Versammlung am 6. Januar das Andenken des verstorbenen Kollegen Plaid in der üblichen Art gedenkt hatte, nahm sie den Kassierbericht vom vierten Quartal entgegen. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von M 2009,91, wovon M 246,35 zinsbringend angelegt sind. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 388. Bei der Vorstandswahl wurde Abraham zum ersten Vorsitzenden und Borch zum ersten Kassierer wiedergewählt. Die Lohnfrage wurde dahin geregelt, daß das Verammlungsstatut bei Wöste, Jabelstraße 20, bleibt und die Versammlungen jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden. Auf Antrag der Kollegen Giese, Krüger und Dreberl wurde allen dreien eine einmalige Unterstützung, und zwar den Kollegen Giese und Krüger je M 20 und dem Kollegen Dreberl, der sich augenblicklich in einer Heilstätte befindet, M 30 gewährt. Nach einer anseuernden Ansprache des Kollegen Kühne erfolgte Schluß.

Spremberg. Am 9. Januar tagte die Generalversammlung unseres Zweigvereins. Zunächst gab der Vorsitzende einen Ueberblick vom verflochtenen Jahre. Die Konjunktur im Lohngebiet war trotz des langen Winters befriedigend. Der Lohnarif, der hauptsächlich von beiden Organisationen angenommen worden war, wurde, von Kleinigkeiten abgesehen, von beiden Parteien innewahmt. Eine zwei Tage dauernde Sperre mußte über die Firma Stuedel (Wessow) verhängt werden, weil sie bei Arbeiten in Spremberg den tariflichen Lohn nicht zahlte. Durch die Sperre wurde die Firma veranlaßt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Spremberg innewahmt. Im Bezirk Döbern-Köslitz war die Bautätigkeit nicht so gut wie früher. Die Agitation in diesem Bezirk ist schwierig und die „Herren Arbeitgeber“ verstehen die Gelegenheit dort auszunutzen. Wenn die Konjunktur gut ist, geben sie 1 bis 2 s pro Stunde mehr; mit dem Bemerken: Seht, wie ausserkommend wir sind! Die Maurer in Spremberg müssen erst bewegen freiten, das braucht ihr nicht! Nun glauben die Kollegen, sie brauchen die Organisation nicht mehr. Trotz der eifrigen Agitation des Zweigvereins mußten in diesem Bezirk eine Anzahl Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Hoffentlich unterstützen uns die Kollegen der Nachbarzweige, die in diesem Bezirk arbeiten, damit es auch hier bald Licht wird. Versammlungen wurden in Spremberg zwölf abgehalten; besucht waren sie im Durchschnitt von 47 Kollegen. Ferner haben zwei Besprechungen in Döbern stattgefunden. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 14 Sitzungen, die sich auf verschiedene Orte erstreckten. Außerdem fanden noch verschiedene, besondere Zwecke dienende Sitzungen statt. Ferner wurde eine Bauten- und eine Lohnstatistik aufgenommen. Neben der Verbreitung von Broschüren und Flugblättern ist sonst noch öfter Agitation betrieben worden. Aus der Jahresabrechnung teilen wir ebenfalls die wichtigsten Zahlen mit. Die Jahreseinnahme der Hauptkasse betrug M 1136,10. In die Hauptkasse abgezandt wurden M 1782,41. Somit wurde für die Hauptkasse ausgegeben für Kaufperren M 129,50, für Reiseunterstützung M 26, für Sterberunterstützung M 42,50, für Rechtschutz M 98,45 und für Krankenunterstützung M 385,30. Die Jahreseinnahme der Lokalkasse betrug M 1805,78, die Ausgabe M 912,57; somit verfügt der Zweigverein am Schluß des Jahres 1909 über M 893,22, das sind M 123,11 mehr als im Jahre zuvor. An Wochenbeitragsmarken wurden 5222 zu 45 s, 1523 zu 40 s und 540 für Arbeitslohn umgelegt. Neu eingetretene sind während des Jahres 19, davon waren 5 schon früher einmal Mitglieder. Zugerechnet sind 86, abgetreten 61, abgetreten 27, ausgesprochen 1, zum Militär eingezogen 1, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 18. Bei der Vorstandswahl wurden der erste Vorsitzende, Kollege Wenger, sowie der erste Kassierer, Kollege Köpfe, wiedergewählt. Es wurde dann noch vom Vorsitzenden das Ergebnis der Arbeitslohnverhandlung bekannt gegeben. Bei den zwölf Forderungen wurden von 2555 Kollegen 2444 befragt. Davon standen in Arbeit 2129, arbeitslos waren 315, nicht gezählt wurden 111. Zum Schluß legte der Vorsitzende den Kollegen aus Herz, neben der Agitation für den Verband auch die Agitation unter den Bauhilfsarbeitern fleißig zu betreiben. Da wir mit ihnen gemeinsam kämpfen und die Verschmelzung mit ihnen anstreben, so liegt diese Agitation in unserm eigenen Interesse.

Metelen. Eine taktlose Polizei. Am 16. Januar sollte unser verlorener Kollege Heinrich Schiff von uns zur letzten Ruhe gebracht werden. Hierbei hat sich die Polizei wieder einmal recht, sagen wir einmal: recht unnützlich benommen. Als sich der Jagd in Bewegung setzte, kam der Polizeidiener stark und sagte zu unserm Fahnenträger: „Die Fahne nehmen Sie nicht mit, das verbietet ich Ihnen!“ Wäre unsere Fahne nun von roter Farbe, so wäre diese polizeiliche Abweisung immerhin noch erklärlich, so ist sie aber unschuldig weiß und trägt die Aufschrift: „Hoch lebe die Mauerergesellen-Vereinschaft von Metelen! Unser Fahnenträger, sich sich durch den Einpruch natürlich nicht beirren, sondern blieb mit seiner Fahne am Plage und die circa 40 Mitglieder des Zweigvereins folgten ihr bis zum Grabe. Der Polizeidiener aber verließ uns nicht, sondern begleitete uns bis auf den Kirchhof. Ob er aus eigenem bürgerlicherem Orange oder auf Befehl des Bürgermeisters handelte, wissen wir nicht. Auf jeden Fall hat sein Verhalten sehr viel Unwillen herbeigeführt. Hat der Mensch wirklich aus sich gehandelt, so bekommt sein Benehmen noch ein besonders sagen wir einmal: besonders schönes Relief durch die Tatsache, daß er selbst früher ein Maurer war.

Murzen. Am 16. Januar tagte im „Schönenhaus“ eine Generalversammlung, in der Gauleiter Jakob aus Leipzig über: „Die Kriegserklärung der Unternehmer“ referierte. Redner führte den Kollegen vor Augen, wie die Unternehmer an der Arbeit sind, den Arbeitern einen Vertrag zu diktieren und ernannte in seinen Schlüsselausführungen die Kollegen, tätig zu sein und mitzuwirken, den Plan der Unternehmer zu genehmigen. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluss 214; neu eingetretene sind 25, davon waren früher schon einmal Mitglieder 5, zugerechnet sind 42,

übergeleit 42, ausgetreten 1, ausgeschieden 4 Mitglieder. Im Berichtsjahr haben stattgefunden: 13 Mitgliederversammlungen, 96 Vorstandssitzungen und 9 Revisionen des Kassierers. Die Korrespondenz bestand aus 83 Eingängen und 375 Ausgängen. Der Streit brachte eine Lohn-erhöhung von 3 1/2. Die schwedischen Arbeiter trübten mit 16 000 unter, und zwar aus der Kasse mit 11 500 M. 67,30 unter, und durch Sammlungen mit 17 200. Die Meister hatte die gleiche Beteiligung wie im Vorjahre. Die Arbeit ruhte von Mittag an. Beschied wurde eine Bauarbeiter-Schulung durch Kollegen nicht. Im Anschluß hieran verlas der Kassierer die Jahresabrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Darauf folgte die Resolutions des Vorstandes, der Revisoren und der Delegierten zum Gewerkschaftsamt. Der Vorlesende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, die Kollegen möchten in Zukunft pünktlicher und zahlreicher erscheinen.

Aus den Einigungsämtern.

Das Einigungsamt für das Platten- und Zieglergewerbe verhandelt in seiner Sitzung am 11. Januar über den Antrag der Schlichtungskommission Essen vom 8. Januar 1909 auf Herbeiführung eines Schiedsgerichts hinsichtlich der Anwendung und Auslegung der Tarifstelle 82. Der Vorsitzende trat zunächst in dieser Sache von der Schlichtungskommission und dem Einigungsamt intern am 11. Mai und 18. August 1909 ergangenen Beschlüssen vor und stellte dann nach längerer Erörterung der Sachlage fest, 1. daß die Herren Warhand sen. Essen und Klein-Cohn, die an den Vertragsverhandlungen in Köln teilnahmen, sich in den besagten Einigungsamtssitzungen hinsichtlich der Tarifstelle 82 für die Ansicht der Arbeitnehmer ausgesprochen hatten, 2. daß sich die Herren Haas- und Denglinger, die ebenfalls den Vertragsverhandlungen beimohnten, in heutiger Sitzung für die Meinung der Arbeitnehmer aussprachen und 3. daß die Firma Hempelman-Vorwerk nach einer von Herrn König vorgelegten Abrechnung über eine Arbeit nach Tarifstelle 62 60 s pro Quadratmeter bezahlt hat. Nach der hierauf erfolgten Abstimmung, bei der nur drei Stimmen der Auffassung der Arbeitnehmer über die Auslegung der Tarifstelle 62 entgegenstanden, wurde vereinbart, den früheren Bescheid der Einigungsämter, nach dem zur Auslegung genannter Tarifstelle die Worte gewählt waren: „Dieser Preis ist auch dann zu zahlen, wenn der Fußboden und die Wand mit Platten nicht bekleidet werden“, aufzuheben und der Tarifstelle 62 den Wortlaut zu geben: „Fußböden mit fester Hohlziegel ohne Wabenbelegung versteht für das Quadratmeter 60 s.“ Zur Auslegung der Tarifstelle 5 erklärten die Unternehmer darauf verzichten zu wollen, daß bei der Berechnung von Arbeiten nach Position 5 des Tarifvertrages die durch den Brand der Platten entstandenen Größen-Differenzen berücksichtigt werden. Die Frage, ob Sauplatten unter der Decke verarbeitet unter Position 83 des Tarifs fallen, wurde bejaht. Die Auslegung der Nr. 70 des Affordtarifs soll sich nicht nur auf Platten, sondern auch auf glasierte Verblendziegel erstrecken. Zur Nichtbeachtung des Tarifvertrages durch die Firma N. Rosenfeld-Göln wurde beschlossen: Die Firma N. Rosenfeld-Berlin, Zweigstelle Göln, ist nur der Vereinigung der Fliesen-geschäfte von Berlin, also keinem Vertragsverbanden anzugeschlossen und kann daher zur Erfüllung des Vertrages zum Einigungsamt nicht mit Erfolg angehalten werden. Herr Dempling nahm namens der Firma Hempelman den Einpruch vom 30. Oktober 1909 gegen den Beschluß der Schlichtungskommission vom 22. Oktober 1909 zurück und erklärte die Forderung der Fliesengeler Geißler, Jösch und Bösch an. Auf Antrag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zweigstelle Barmen) wurde die Frage, ob die Preise für neue Mauer zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu vereinbaren oder in den Schlichtungskommissionen festzulegen sind, dahin entschieden: Die Preise für neue Mauer müssen in den Schlichtungskommissionen vereinbart werden. Eine grundsätzliche Entscheidung, wann eine Arbeit, die von mehreren Plattenlegern gemeinsam ausgeführt wird, eine größere Arbeit im Sinne der Position 100 des Vertrages ist wurde nicht getroffen, da die Festlegung nur in jedem einzelnen Falle nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse möglich ist.

Ein christlicher Denunziant.

In Nr. 1 der christlichen „Baugewerkschaft“ befindet sich ein Artikel, über den: „Sozialdemokratische Erziehungs-früchte“. Danach soll der „Baugewerkschaft“ ein anonymes Schreiben zugegangen sein, in dem der Briefschreiber in aller-ding etwas ungeschickter Weise seinem Herzen Luft macht über den Steuerraub aus den Taschen des arbeitenden Volkes, an dem ja auch die christlichen Gewerkschaftsführer ihr volgerühmteltes Maß Schuld tragen. Die christliche „Baugewerkschaft“ brüde das Schreiben ab und schickte darauf folgende Antwort: „Da zeigen sich die Folgen der sozialdemokratischen Hege und der das gegen alles, was sich christlich nennt. Der Mann selbst ist offenbar reich für eine Kalkwasserkanalisation. Früchte sozialdemokratischer Erziehung.“ Wir wollen nun hier Verantwortung nehmen, eine Kritik ultramontan-christlicher Erziehung der Neuenlichkeit besamt zu geben, wobei wir nicht nötig haben, uns auf ein anonymes Schreiben zu stützen. Die Organisationen des Baugewerbes sollten zuerst gehalten sein, alle ihre Kräfte auf den bevorstehenden Lohnkampf zu konzentrieren, sich gegen-sätzlich zu unterstützen und alles zu vermeiden, was die Einigkeit beeinträchtigen könnte. Wie ein Vorstandsmittelglied des christlichen Bauhandwerkerverbandes von Lützenburg diese seine Aufgabe erfüllt, zeigt nachstehender Fall: Unser Zweigverein Lützenburg hatte vor kurzem ein Flugblatt an seine Mitglieder verteilt, in dem zwecks Berichterstattung zur Versammlung ein-geladen wurde. Auf diesem Flugblatt war auch der Einigungs-vereinsvorsitzende, Kollege Michael Weigel, der bei dem Bau-unternehmer Feldmann in Arbeit steht, als Berichterstatter be-merkt. Ein Denunziant hatte dieses Flugblatt benutzen wollen, um den Kollegen Weigel bei Herrn Feldmann zu denunzieren. Er hatte den Namen Weigel auf dem Flugblatt doppelt unter-schieden. „Maurer“ hinzugefügt und es an Herrn Feldmann eingeschickt. Der Schlußsatz erreichte aber seinen Zweck nicht sofort, da das Flugblatt, weil unfrankiert, an den Verleger zurückkam. Dies war dem netten Absender zu Ohren gekommen

und die Mache ließ in nicht schlafen. Am 12. Dezember schickte er folgende Postkarte an Herrn Feldmann:

Gehreter Herr Feldmann!

Der Maurer Michael Weigel bereite diese Woche Pla-kate über die Lohnbewegung und ruft Versammlungen in Lützenburg und Umgebung ein, in welcher sich derselbe als yebner anreißt. Da derselbe bei ihnen Arbeit macht ich ihnen darauf aufmerksam es ist ein ganz gemeiner Aufwiegler er sucht nach allen-regel der Kunst die Maurer gegen die Meister auszuheben auch gegen Sie. Hoffentlich können Sie ihre Arbeit auch noch ohne diesen rabi-kalen Sozialisten fertig bekommen derselbe ist einer welcher die Gesellschaftsordnung zertrümmern will. Nikolaus Molter.

Dieser Molter ist Vorstandsmittelglied des christlichen Bau-handwerkerverbandes am Orte. Zum Glück stand der Baum-ernehmer Feldmann turmhoch über dieser christlichen Betätigung. Er übergab die Postkarte dem Kollegen Weigel mit dem Bes-merken, daß ihm eine derartige Handlungsweise denn doch zu schmutzig sei. Man könne aber sehen, was für Leute es noch gäbe! Wer nur annahm, auch die christliche Organi-sation würde sich derartiger Elemente entledigen, der irte sich. Aus wir am 27. Dezember der christlichen Organisationsleitung von dem Fall Mitteilung machten, teilte uns der christliche Sekretär, Herr Jans-Hagen, zwar mit, er wolle der Sache auf den Grund gehen, glaube aber schon sagen zu können, daß es sich hier um einen ganz plumpen Schwindel handle. Das war am 28. Dezember. Noch heute warten wir auf das Ergebnis seiner Untersuchung. Ob ihm an Ende auch schwindelig ge-worden ist? Hoffentlich ziehen die Bauarbeiter die rechte Lehre aus dieser neuesten Probe christlicher Solidariät. An die „Bau-gewerkschaft“ aber richten wir die Frage: Ist dies auch eine Frucht sozialdemokratischer Erziehung?

Noch einmal die Erzeffe in Zürich.

Der Bericht über die tief beklagenswerten Vorkom-misse in Zürich hat uns verschiedene Zuschriften einge-tragen. Sowohl die Fremden wie die Molandsbrüder ver-langen Richtigstellungen und Erklärungen von uns. Wir be-gehen dabei von der durchaus falschen Voraussetzung aus, unser Bericht und die an den Vorgängen geübte Pflege-richte sich gegen ihre Verbindungen. Das ist, wie wir noch einmal betonen, durchaus falsch. Nichts liegt uns ferner, als die in den Verbindungen geübte Pflege harmloser, aber schmerzhaften und Gebrauche zu ver-bannen. Wir sind tolerant und weitzigig genug, um gelegentlich selbst eine bescheidene Freude daran zu finden. Also das ist es nicht, was uns veranlaßt, scharfe Worte zu gebrauchen, sondern es sind die Auswüchse dieses Verbindungsweßens, die da bestehen in Rohheit und Auf-lust und die eine Mißkreditierung der Arbeiterbewegung zur Folge haben müssen.

Was nun den Fall in Zürich anbelangt, so können wir, nachdem wir sowohl die Fremden wie die Molandsbrüder darüber gehört haben, keine andere Formel dafür finden als die, womit Heinrich Meinel den Streit zwischen Molbi und Wösch so schön schlichtete. Keiner von beiden will die Schuld haben. So schreibt uns der Leiter des Moland-schachtes, Kollege Albert König in Weimar, in einem länger-en Brief: „... daß wir Molandsbrüder an dem Vor-kommnis in Zürich absolut nicht beteiligt sind. Ich kon-statiere, daß Molandsbrüder seit einem halben Jahre nicht mehr in der Schweiz gewesen sind. Wir ist auch nach dieser Schlagerei nichts von dem Aufenthalt eines Molandsbrüders in Zürich bekannt geworden, trotzdem die Kontrolle in dieser Beziehung sehr streng ist.“

Nun liegt noch ein anderes Schreiben vor uns, datiert aus Zürich. Es heißt darin: „Der Wirt von der „Ein-tracht“ als Hauptzeuge hat bezeugt: Am Weihnachtstabend (24. Dezember) hat drei „fremde“ Maurergesellen in das Lokal „Eintracht“ gekommen. In diesem Lokal saßen 25 bis 30 „blaue“ Maurer bei der Weihnachtfeier, wobei sie 70 Liter Bier getrunken hatten. Die „fremden“ Maurer saßen ruhig an einem Tisch und tranken ihr Bier, wo sie von den „Blauen“ umringt und auf das gräßlichste belästigt wurden. Von dem Wirt aufgefordert, das Lokal zu ver-lassen, sind zwei Mann („Fremde“) hinausgegangen; der Dritte wurde von einem „Blauen“ aufgefordert, mit ihm hinauszufragen und sich mit ihm zu messen. Als die Maurergesellen herauskamen, wurden sie von zehn bis fünfzehn „Blauen“ in Empfang genommen und miß-handelt.“

Von den beiden Briefen sagt einer ungefähr das Gegenteil vom andern, so daß man noch ebenso klug ist wie vorher. Wir wollen und können natürlich nicht ent-scheiden, welche von den beiden Verbindungen hier im „Recht“ oder „Unrecht“ ist; doch wollen wir gern davon Notiz nehmen, daß sich die Leiter der Verbindungen be-mühen wollen, den Vorheiten energisch entgegenzuwirken. So hat sich eine Deputation der Fremden uns gegenüber ausgesprochen und so dürfen wir auch wohl deuten, was uns der Leiter der Molandsbrüder schreibt: „Ich muß wieder-holen, daß wir leitenden Personen des Molandschachtes ganz entschieden gegen derartige Ausschreitungen an-kämpfen.“ Das mögen sie nur tun, auf beiden Seiten; wenn diese Verbindungen der Allgemeinheit der Arbeiter-bewegung kein Vergnügen mehr geben, dann wäre nicht einzusehen, warum nicht für sie Platz in unserer Mitte sein sollte.

Fliesenleger.

Dresden. In unserer Generalversammlung am 6. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Bei der Begründung der Sektion waren wir nur sechs Mitglieder; jetzt sind wir 20 geworden. Außer zehn Ver-sammlungen hielten wir drei Sitzungen mit den Lokal-organisierten und zwei mit den Topfern ab. In den Sitzungen mit den Lokalorganisierten wurde über eine Einigung verhandelt; doch scheiterten diese Bemühungen an dem Starrsinn einiger Mitglieder der Freien Vereinigung. In der Lohnbewegung gingen wir mit der Freien Vereinigung gemeinsam vor; aber jetzt besteht wieder der alte

Streit. Bei den Wahlen zum Vorstand wurden die Kol-legen Dieke und Braung wiedergewählt. Dieke wurde auch zum Kandidaten für die Gewerkegerichts Wahl vor-geschlagen. Ins Kartell wurde Jakob delegiert.

Stolierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 22. Januar sollte hier bei allen organi-sierten Stolierfirmen von den bei ihnen beschäftigten Sto-lierern und Helfern der neue Reichstarif sowie die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen des Arbeitgeberverbandes für das Stoliergewerbe zu Berlin unterschrieben anerkannt werden. Die Entscheidung über diese Frage mußte aus-tastlichen Gründen den Kollegen in den einzelnen Firmen zunächst selbst überlassen werden. Am 26. Januar soll eine Mitgliederversammlung stattfinden, in der alsdann Wei-sung über weitere Schritte gefaßt werden soll. Da es nun nicht ausgeschlossen ist, daß es im Laufe dieser Woche wiederum zu Differenzen kommt, so ersuchen wir die aus-wärtigen Kollegen, den Bezug nach Berlin fernzuzulassen.

Internationale Maurerbewegung.

Holland.

Der letzte Anfang?

Für die holländische Bauarbeiterchaft, besonders für die der Großstädte, haben die Anarchisten schon jetzt viel ver-dorben, indem sie durch ihr Verhalten die praktische Füh-rung von Lohnbewegungen unmöglich machten und die Bau-arbeiter in die Hände des Unternehmertums auslieferten. Als die Taktik, so oft wie möglich die Arbeit einzustellen, verlagte, verurteilte man es mit der aus Frankreich im-portierten „direkten Aktion“. Aber auch damit machte man Fiasco, und wenn diese Taktik auch nicht völlig aufgegeben wurde, so hält man heute doch sehr damit zurück. Es ist zu hoffen, daß die anarchischen Generalkomitees auch mit ihrer letzten Kampf-methode, die in dem Vertrauen gipfelt, möglichst viele Arbeiter auf die Straße zu bringen, jetzt in Amsterdam die letzte Maß-tprobe veranstaltet haben, daß sie der anarchischen Organisation damit selbst das Grab graben.

Belantlich strebt ja der Anarchismus einen allgemeinen Streik zur Niederwerfung des Kapitalismus an; in Holland aber sind die Anarchisten schon zufrieden, wenn sie für einen Betrieb oder ein Gewerbe in einer Stadt die Ar-beits-einstellung durchzuführen können. Wo man sich auch in dieser Hinsicht zu schwach fühlt, um selbst eine Arbeits-einstellung proklamieren zu können, da versucht man das Ziel auf dem Umwege zu erreichen, daß man die Unternehmer durch partielle Arbeits-einstellungen zur allgemeinen Aus-sperrung zwingt. So benutzte man im Jahre 1905 den Streik der Hammer, um „aus Solidarität“ auf mehreren Bauten die Arbeit einzustellen und dadurch die Unternehmer zur Aussperrung zu treiben. Diese Taktik hatte nicht nur für die Hammer keinen Erfolg, sondern es wurde dadurch für längere Zeit jede Lohnbewegung überhaupt unmöglich gemacht, weil die Unternehmer auf der ganzen Linie Sieger blieben.

Im Oktober 1906 wurde der holländische Zentral-verband der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter ge-gründet, und zwar ist es, wenn auch unter außerordentlich schwierigen Umständen und Kämpfen, gelungen, den Anarchismus in der baugewerblichen Organisation auf seine letzte Stellung, Amsterdam, zurückzuwerfen. Nur dort spielt er heute noch eine Rolle, während er vor wenigen Jahren noch in mancher Stadt einen bedeutenden Einfluß hatte. Im Haag a. B., das bis vor kurzer Zeit noch ein Hauptort für den Anarchismus im Baugewerbe war, ist seine Organi-sation völlig zerfallen. Mit neun Mitgliedern gründeten wir dort vor zwei Jahren eine Organisation, die heute auf 300 Mitglieder angewachsen ist, während die anarchische Organisation in demselben Maße zurückgegangen ist. Mehr-lich sind die Verhältnisse in Rotterdam, Utrecht usw. Wäh-rend wir also den Anarchismus aus der Provinz vertrieben, konzentrierte sich dieser in Amsterdam, wo uns die Auf-klärung der Kollegen leider noch nicht gelang. Dort haben die anarchischen Führer durch ihr demagogisches Talent die Arbeiter mit sich dummen und sorgfältigem Geh be-sezt, daß sie neuen Ideen gänzlich unzugänglich sind. Sie müssen erst an ihren eigenen Leitern die Wirkung der anarchischen Taktik verspüren, und dafür sorgt der Anarchismus allerdings auch wieder.

Inzwischen hat auch die neue Zentrale in Amsterdam eine Zweigstelle errichtet, und diese hat von vornherein mit der anarchischen Phrasologie gebrachten. Da sie mit den Unternehmern auch einen Vertrag abschloß, fürchteten die Anarchisten, daß sich die nur zum ganz kleinen Teil organi-sierten, aber gänzlich unter ihrem Einfluß stehenden Leute der neuen Organisation anschließen könnten. Um das zu verhindern, haben sie gar viel Wasser in ihren Wein getan; sie haben u. a. die Unterhaltungs-einrichtungen der Zentrals übernommen und sogar die kommunale Zulage zur Ar-beitslosenunterstützung akzeptiert, Dinge, die sie vordem aufs äußerste bekämpften. Dann entfalteten sie eine rege Agitation gegen den Zentralverband und gegen den mit den Unternehmern abgeschlossenen Vertrag, durch den der Mini-mallohn um 3 s pro Stunde erhöht und für Neubauten ein Zuschlag von 10 s eingestrichelt worden war. Die Unter-nehmer hatten an dieser Agitation natürlich ihre Freude, denn uns war es dadurch unmöglich gemacht, den Zuschlag allgemein durchzuführen. Die Arbeitszeit sollte höchstens zehn Stunden betragen, und Sonnabends sollte mittags 12 Uhr Feierabend sein; die Anarchisten aber arbeiteten bis 4 Uhr und länger und halfen den Unternehmern auf diese Weise den Vertrag durchbrechen. Die Preise für Affordarbeit waren nicht mit in den Vertrag aufge-nommen; zu ihrer Festlegung war ein Ausschuß eingesezt, der keine Beratungen schon begonnen hatte. Wradten diese Beratungen den Arbeitern in bezug auf Befestigung der Affordarbeit oder der Erhöhung der Preise nicht den gewünschten Erfolg, so stand ihnen innerhalb des Vertrages zur Entscheidung dieser Frage immer noch der Streik zur Verfügung. Die Anarchisten verweirten aber von vorn-

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

hören die Legende, mit dem Vertrag wäre keine Erhöhung der Affordpreise möglich. Sie suchten einen allgemeinen Streik oder eine allgemeine Aussperrung hervorzuheben, wodurch sie eine Vermeidung des Vertrages und eine Erhöhung der Affordpreise zu erreichen hofften.

Schon im vorigen Sommer suchten sie einen Streik der Erarbeiteten zur Verwirklichung ihres Planes zu benutzen; diese Absicht gelang aber nicht. Nun suchten sie aber beschieden, daß es im Ausschuss zu einer Einigung über die Höhe der Affordpreise kam. Dadurch wäre ihnen der Grund zu ihrer Agitation genommen und der Boden unter ihren Füßen weggezogen worden. Dann wäre die Sache für sie schwierig geworden, und deshalb entschlossen sie sich, durch einen partiellen Streik eine Aussperrung zu provozieren. Daß dies mitten im Winter zu der für die Unternehmer günstigsten Zeit war, jagt die Anarchisten nicht an; denn wenn sie nur viel Volk auf die Straße bekommen, so fragen sie danach, ob der Zeitpunkt zum Kampf günstig ist, gar nichts. So proklamierten sie schon im vorigen Monat einige partielle Streiks, was die Unternehmer mit der Aussperrung von 50 pZt. der Arbeiter auf dreiwöchentlich aller Baustellen beantworteten. Darauf erklärten die Anarchisten für die anderen 50 pZt. der noch auf diesen Baustellen arbeitenden Maurer und Bauarbeiter den Streik, und nun verfügte die Unternehmerorganisation die allgemeine Aussperrung vom 15. Januar an. Nur die Mitglieder der am Vertrag beteiligten Organisationen sollten nicht ausgesperrt werden. Diese fasten denn auch den Beschluß an der Arbeit zu bleiben, und zwar nicht nur deshalb, weil zur Meinung sind, daß ein solcher Kampf um diese Zeit die Arbeiter nur schädigen kann, sondern auch deshalb, weil die anarchische Organisation unter gewöhnlichen Umständen unsere Mitglieder mit Gewalt von der Arbeit aussperrt und uns in keiner Hinsicht als Organisation anerkennen will. Da aber die Bauhilfsarbeiter wohl die Arbeit einstellen werden, weil ein großer Teil von ihnen während des Streiks ganz leich Arbeit im Kasern findet, werden auch die Mitglieder unserer Organisation, die jetzt schon zur Hälfte auf der Straße sind, ganz mit auf die Straße kommen.

Daß eine solche Bewegung für die Arbeiter keinen Erfolg haben kann, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Schon jetzt gibt es für die streikenden und ausgesperrten Arbeiter, die Mitglieder der Zentralorganisation ausgenommen, keine Unterstützung. Kaum die Hälfte der streikenden und ausgesperrten Gesellen hat sich der Streikleitung angeschlossen, woraus sich ergibt, daß, wenn die Unternehmer nach einiger Zeit die Baustellen öffnen werden, wahrnehmlich Hunderte die Arbeit wieder aufnehmen werden; denn auch die Hochkonjunktur im Kasern geht bald zu Ende.

Der Anarchismus hat uns also zwar nicht niederringen können, er hat aber die Maurer und Bauhilfsarbeiter auf die Straße gebracht und dadurch nicht nur für Amsterdam, sondern auch für andere Orte in nächster Zeit eine gesunde Lohnbewegung unmöglich gemacht, indem er dafür sorgte, daß uns durch seine Taktik, durch die Unterjüngung der Aussperrten und in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder finanziell die Flügel abgeschnitten sind und in Amsterdam außerdem noch viele Kollegen; wenn auch nur vorläufig, gegen die Arbeiterbewegung eingenommen werden. Denn gar groß ist die Zahl dieser, die diesmal nur mifstrauen, weil sie von den Anarchisten nicht als Streikbrecher angesehen werden wollten. Diese und andere Umstände geben uns aber auch gleichzeitig die Hoffnung, daß es uns endlich gelingen wird, einen großen Teil der Amsterdamer Kollegen für die Zentralorganisation zu gewinnen und dem bedauerlichen Wenteurversehen der Anarchisten ein Ende zu machen.

A. S. Müller, Arnheim.

Zentralfrankenkasse.

(Grundstein zur Eintgkeit!)

Bekanntmachung.

Dieserhalb dringlich Barmhaltung, in deren Verwaltungsstelle sich das Mitglied Adolf Nicolaai (16 218) befindet, wird ersucht, uns umgehend davon Mitteilung zu machen.

Der Vorstand. J. A.: W. F. H. Marx, Vorsitzender.

In der Woche vom 16. bis 22. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der drücklichen Verwaltung in Berder a. d. Canal N. 350, Erkner 400, Annaburg 450, Wretlin 500, Bolzwald 325, Lichtenberg 300, Herrsleben 250, Göttingen 250, Kremenm 236,68, Wrandenburg a. d. S. 200, Doberan 200, Friedrichshagen 200, Hamburg-Prependerf 200, Segeberg 190, Lüdensberg 150, Neuhäus a. d. Elbe 150, Wilhelmshagen 150, Lutter a. Wsg. 100, Sanbisch 100,34, Jellingdorf 100, Neu-Langhof 100, Gergsdgen 100, Lüdinghof 100, Perwenitz 100, Lenzpin 100, Wiczenburg l. b. W. 100, Saarmund 100, Lindow l. d. Mark 100, Füllentealbe 100, Eddensbullen 100, Niederlehn 100, Weich 100, Dörring 100, Mienheide 100, Helsen 100, Diepe (Simonsthal) 100, Gemtin 100, Golttau 90, Besel l. Goltf. 120, Rudolphst 95, Stedelsdorf 70, Lichtenrade 60, Jessen 50, Würgahl 50. Summa M. 7087,02.

Zu Rückzahlungen: Danzig M. 500, München 500, Kiel 400, Witzburg 300, Graubenz 200, Weich l. d. Mark 200, Neunrupin 200, Fedenbach 200, Dortmund 200, Worms 150, Groß-Neundorf 150, Winbuden 150, Verden 150, Neufalen 100, Söndeln 100, Bonn 100, Groß-Wodden 100, Cassel 100, Rellen l. d. Mark 100, Hamm l. Westf. 100, Ehrlich a. Garg 100, Mariendorf 100, Laufen a. Nedar 100, Eggersdorf 75, Eggen 75, Stahfurt 50, Strassburg l. d. Udernark 50. Summa M. 4550.

Altona, 22. Januar 1910.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Polizei und Gerichte.

* Wegen Urkundenfälschung wollten die Delinquenten Unternehmer unsere Kollegen Wolfen und Häutenau verurteilt wissen. Unsere Ehemaligen Kollegen forderben im Juli vorigen Jahres eine Lohnerrhöhung von 5 p. Bei der Verhandlung an der auch die beiden genannten Kollegen teilnahmen, kam eine Einigung zustande. Die vier anwesenden Unternehmer erklärten sich bereit, den geforderten Lohn zu zahlen und den Vertrag nach seiner Fertigstellung zu unterzeichnen. Da die Unternehmer, die in den verschiedenen Orten wohnen, nicht leicht zu erreichen waren, teilte Kollege Wolfen ihre Namen selbst unter den Vertrag, weil er dies nur noch als eine Formfrage ansah. Dann ging er mit dem Vertrag zu drei weiteren Unternehmern, die an der Verhandlung nicht teilgenommen hatten, die aber den Vertrag gleichfalls unterschrieben. Als dann am 4. August unsere Delinquenten Kollegen in den Streit eintraten, fanden die Unternehmer auf einmal das "Verbrechen" der Uebeltäter, die wegen "Urkundenfälschung" dem Staatsanwalt denunziert wurden. Vom Ankläger waren zur Verhandlung am 3. Januar sieben Unternehmer als Belastungszeugen, von der Verteidigung zwei Entlastungszeugen geladen worden. Es wurden aber nur zwei Unternehmer vernommen; denn der Staatsanwalt selbst konnte sich von der Schuld der Angeklagten nicht überzeugen. Die Kollegen wurden freigesprochen, weil die Unterfertigen nicht durch verteilte Handdrift hergestellt waren, eine Absicht der Fälschung also nicht vorgelegen habe. Den Unternehmern glückte also ihr Nachsahung nicht. Für unsere Kollegen ergibt sich aber aus dem Prozeß trotzdem die Pflicht, in Zukunft Vorsicht zu üben, damit deraartige Dinge vermieden werden.

* Vorbelegungen ist dem christlichen Bezirksleiter Brückner eine gegen unsere Kollegen Nayda a. Regensburg angelegte Beleidigungssache. Als sich bei den in vorigen Jahre in Regensburg stattgefundenen Tarifverhandlungen, an denen auch vier Christliche teilnahmen, unsere Vertreter zu Beratungen zurückzogen, schlossen sie die Christlichen davon aus. In einem Wortwechsel begründete Kollege Nayda dies unter anderem mit den Worten: "Er könnte seiner Organisation gegenüber nicht verantwortlich, mit Personen zu beraten, unter denen sich jemand befindet, der sich früher bei uns habe Bernünnungen geschulden kommen lassen." Brückner bezog diese Aeußerung auf sich, weil er früher Mitglied des "sozialdemokratischen Bauerverbandes" gewesen und erst 1899 in den christlichen Bauver-

band übergetreten sei. Der Gauleiter Merkel-Münchberg habe ihm deshalb einen oder mehrere "grobe Briefe" geschrieben und auch der "Grundstein" habe damals wegen seines Abtritts Briefe abdrückt, so daß die "Baugemeinschaft" darauf erwidern mußte. Er verlangte nun, daß Nayda vor dem Amtsgericht Regensburg Klage leiste und daß er außerdem in einem sozialdemokratischen und in einem Zentrumblatt je zweimal durch Aeußerung mittelte, daß er Brückner mit der Behauptung nicht gemeint sei. Nayda und sein Rechtsanwalt gingen darauf nicht ein und auch dem Richter ging das Verlangen Brückners zu weit. Nayda bestritt, von der ehemaligen Mitgliedschaft Brückners in unserem Verbands etwas gewußt zu haben; seine Aeußerung habe sich nicht auf ihn, sondern auf den jetzt christlich organisierten Johann Urban aus Lappersdorf bezogen, der früher bei uns Disziplinarer gewesen sei. Als solcher habe er den Mitgliedern die Zeitung und die Karten zu bringen gehab: er habe dies aber eine Zeitung nicht getan, trotzdem er sich die Entschädigung dafür auszahlen ließ. Als die Zweigvereinsverwaltung davon erfahren habe, sei er zu den Christlichen übergetreten. Als Urban, der als Zeuge gegen Nayda erschienen war, vom Amtsrichter gefragt wurde, ob er sich denn durch die Aeußerungen Naydas nicht getroffen gefühlt habe und weshalb er nicht geklagt habe, erwiderte er: getroffen habe er sich schon gefühlt, aber er wollte nicht klagen, weil er glaube, "der Bezirksleiter Brückner tu's schon". Da die Beweisaufnahme nichts Belästigendes für Nayda ergab, mußte er freigesprochen werden, und es gelang Brückner nicht einmal, ihm die Kosten aufzubürden. Der Urme muß sich selbst tragen. Ob er in Zukunft mit Klagen gegen die "Koten" vorsichtiger ist?

* Dorfrevue. Die Berufung des Kollegen Nicolaai gegen das ihm zu drei Wochen Gefängnis verurteilende Erkenntnis des Schöffengerichts vom 20. Oktober ist verworfen worden. Als soll bei einer Sperrre über den Unternehmer Rubbe die Streikbrecher Hoppe, Knaut und Lobbe "belehrt" haben. Zur Charakteristik dieser Selben ist noch hinzuzufügen, daß sie Mitglieder des Stich-Dundeschen Gewerkschafts geworden sind, nein, waren; denn sie sind inzwischen auch dort ausgeschlossen, wo man hört, wegen Grenzfreigebens auf dem Gebiet des persönlichen Eigentums. Vor Gericht wollten sie mit dem "Grundstein" in der Hand dem Gerichtsvollziehenden klagen, wie sie durch ihr anmutiges Konterfei in Nr. 44 des "Grundstein" von allen anständigen Menschen gemieden werden. Das Gericht bekenntniste sich zwar nicht darum; schenkte ihnen aber doch soweit Glauben, daß es zu einer Bestätigung des Urteils erster Instanz kam.

Verschiedenes.

* Für alle, die an die Redaktion schreiben. Schon oft wurde unsern Kollegen, die Berichte usw. für den "Grundstein" schreiben, Anweisung erteilt, wie sie dabei in ihrem eigenen Interesse und dem der Redaktion am besten zu Werke gehen, aber immer noch erhalten wir Einwendungen, die die Verbesserung der erteilten Ratsschläge durchaus vernünftig lassen. Wir wollen deshalb zur Zeit der Neuwahlen die Schriftführer und andern Mitarbeiter des "Grundstein" erneut auf einige wichtige Punkte hinweisen. Damit dieser Hinweis auf keinen Fall übersehen wird, bitten wir die Vorstandsmitglieder der Zweigvereine usw., die Schriftführer und andern Berichtstatter auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Das erste Erfordernis ist, daß Berichte von Veranlassungen, Bauausfällen usw. möglichst sofort nach deren Stattfinden eingeschickt werden. Alle Berichte verlieren an Wert und können bei großem Stoffandrang nicht berücksichtigt werden. Die Berichte müssen die Unterfertigung des Berichtstatters und den Stempel des Vereins tragen, da sich die Redaktion nur so vor dem Anflug Unübersichtlicher sichern können. Alle Berichte sollen so kurz wie möglich gehalten sein; denn bei dem fast immerwährenden Platzmangel können nur bestimmte und wichtige Tatsachen abgedruckt werden. Alles andere muß der Redaktion freierden. So können z. B. Berichte über Meisterate nur in den seltensten Fällen, nämlich wenn sie Verursachungen betreffen oder sonst etwas Neues und Wichtiges für die Allgemeinheit der Kollegen enthalten, abgedruckt werden. In der Einleitung lasse man ebenfalls jedes überflüssige Wort weg. Statt: "Am Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr," oder gar: "Am Dienstag, den 18. J. M., abends 8 Uhr," sende eine Veranlassung statt," schreibe man kurz: "Am 18. Januar fand" usw. Denn ob die Veranlassung um 7 oder 8 Uhr stattgefunden hat, ob und von wem sie um 7½ oder 8½ Uhr eröffnet wurde, ist völlig gleichgültig. Man schreibe auch nicht: "Heute" oder "gestern" usw., erziele sich ein Bauanfall," sondern lasse auch hier das volle Datum ein. Bei einer Tageszeitung mag man "heute" oder "gestern" schreiben, bei einer Wochenzeitung aber kann man dies nicht. Ueberflüssig ist auch die Anführung der Tagesordnung in der Einleitung. Im Protokollbuch mögen diese Dinge immerhin stehen, in das Fachorgan aber gehören auch sie nicht.

Dann gewöhne man sich endlich auch einmal daran, die Marktzeiten vor die Summe zu setzen. Es entspricht zwar nicht der Sprechweise, aber der Geographie von Auer & Co., der wir uns zu beugen haben. Bei einfachen Berichten vermeide man Tabellen und bei Jahresberichten bestreibe man sich da auf das Allernotwendigste; oft läßt sich etwas besser im fließenden Satz als in langateligen Tabellen sagen. Bei den gerade jetzt eintausenden Berichten über die Vorstandswahlen könnte man uns einen Gefallen tun, wenn man auf die Aufzählung der vielen Namen verzichtet. Da lasse man es mit den Namen des ersten Vorsitzenden und ersten Kassierers genug sein.

Während zu manche Kollegen einerseits viel zu viel schreiben, fügen sie andererseits einzelne dier wiederholende Wörter ab, indem sie z. B. u. statt un, Kol. statt Kollege, Dag. statt Demagor usw. schreiben. Da der Redakteur alle diese Worte auszuschreiben muß, müssen solche Aeußerungen ebenfalls vermieden werden. Ebenso vermeidet man am besten das vielfache Nennnreichen der für wichtig befundenen Stellen; denn auch hier muß der Redakteur in den meisten Fällen das Unterfertigte nachkorrigieren. Das Papier wolle man nicht zu groß und verfeinert es

